№ 155 Abend-Ausgabe
B 77

Berlin

Montag, 31. März 1924

Vossische Zeitung

10 Pfennig
100 Milliarden

Gegründet 1704

Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (u. Anzeigen): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 2500–2503, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 5686 5687. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Stresemanns Sieg.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

—n **Hannover**, 30. März.

Hannover war heute der Schauplatz zweier großer politischer Tagungen. Die Zentrumspartei hatte zu einer Kundgebung in der riesigen Stadthalle aufgerufen, in der Reichskanzler Dr. Marx sprach, und dicht daneben in der Ausstellungshalle tagte die Deutsche Volkspartei, wo Dr. Stresemann sein großes Referat als Parteivorsitzender erstattete. Unter dem Motto **„Durch Opfer und Arbeit zur Freiheit"** gab er in glänzender Rede einen Ueberblick über die brennenden Fragen der Außen- und Innenpolitik. Er verteidigte seine Parlaments- und Ministertätigkeit und erklärte dabei, der passive Widerstand sei kein Fehler gewesen. Er habe der Welt die Augen geöffnet über die Kräfte, die dem deutschen Volk innewohnen. „Ich lehne es ab," fügte er unter großem Beifall der Versammlung hinzu, „den Stab zu brechen über die Männer, die über den passiven Widerstand hinausgegangen sind." Den Entscheidungen der Sachverständigenkommission, die jetzt bevorstehen, stehe die Regierung in vollkommen freier Entschließung gegenüber. Sie werde keine Unterschrift leisten für Verpflichtungen, die sie später nicht erfüllen könne. Ausländische Kredite werden wir freilich nicht bekommen, wenn wir den Kreditgebern nicht eine gewisse Mitwirkung an der Verwaltung einräumen. Die deutsche Regierung mache jedoch die Wiederaufnahme von Leistungen an die Alliierten abhängig **von der Wiederherstellung der freien Verfügung über unser Ruhrgebiet**, von der Wiederherstellung **rechtsmäßiger Zustände in der Pfalz** und von der **Sicherung für die zeitliche Abgrenzung der Rheinbesetzung.**

Die weiteren Ausführungen Stresemanns waren vornehmlich gegen die deutschnationale Agitation gerichtet. Kein Realpolitiker, erklärte er, kommt an der Konsequenz des verlorenen Krieges und des verlorenen Ruhrkampfes vorbei. Es wäre ein Schandfleck der deutschen Geschichte, wenn wir sagen würden: wir wollen die Lasten nicht tragen, durch die wir Rhein, Ruhr und Pfalz befreien können. Mit Begeisterung allein bauen wir Deutschland nicht wieder auf. Eine Bekämpfung der vaterländischen Verbände lehnt Stresemann ab, auch wenn sie ihn bekämpfen. Nicht Kampf gegen die vaterländischen Verbände, sondern hinein in die Verbände müsse die Losung der volksparteilichen Jugend sein.

Kurz streifte dann Dr. Stresemann die wirtschaftlichen Fragen und ihre Rückwirkung auf die Politik. Er bedauere die übermäßige **Konzentrationsbewegung in der deutschen Industrie**, die einer Auswirkung der Persönlichkeit nicht günstig sei. Infolge der Kartellentwicklung seien manche Wirtschaftsführer zu Selbstüberschätzern herabgesunken.

Schließlich die Stellung der Deutschen Volkspartei zur großen Koalition und zur Sozialdemokratie. Die Idee der Volksgemeinschaft habe nichts zu tun mit der Idee der großen Koalition. Ziel der Volksgemeinschaft ist die **Zusammenfassung aller Kräfte von rechts bis zu den staatsbejahenden Sozialdemokraten.** Dieses Ziel habe nicht verwirklicht werden können. Falsch ist es, daß die Sozialdemokratie „überwunden" sei; aber sie ist in ihrer Werbekraft geschwächt, und das ist ein Verdienst der Volkspartei, die die S. P. D. zur Regierungsmitarbeit herangezogen habe, so daß die Sozialdemokraten zeigen mußten, was sie konnten. Trotzdem könne man sich über den Verfall der Sozialdemokratie nicht freuen, weil er den Kommunisten und den Deutschvölkischen zugute käme.

Auf besonderen Wunsch Stresemanns kam es im Anschluß an seine mit sehr großem Beifall aufgenommene Rede zu einer Aussprache, an der sich auch der Hauptopponent in der Partei, Dr. Marezki, beteiligte. Er hatte Mühe, sich gegen die ständigen Zurufe aus der Versammlung durchzusetzen und mußte mit Rücksicht auf die offenkundige Gegnerschaft seiner Zuhörer seinen Standpunkt möglichst abschwächen. Er habe gewisse Bedenken, erklärte er, gegen die Haltung der Volkspartei gegenüber der S. P. D. Heute, wo es die Situation gestatte, sei es notwendig, „die Sozialdemokratie niederzuringen". Ohne scharfen Kampf sei es nicht möglich, sie aus ihrer Machtstellung im Staate hinauszudrängen. Die Volkspartei müsse wieder aus einer Mittelpartei eine Rechtspartei werden, wie sie es bei ihrer Gründung und in der Nationalversammlung war.

Noch einmal trat Dr. Stresemann auf den Plan, und in einer schlagenden Erwiderung gelang es ihm, Marezki vollkommen abzuführen. Dr. Marezki selbst habe im vorigen Sommer für **die große Koalition gestimmt.** Der Zentralvorstand habe jetzt das Bestehen einer „nationalliberalen Gruppe" innerhalb der Partei für unmöglich erklärt. Jetzt müsse jeder es mit sich abmachen, welche Konsequenzen er daraus ziehen würde.

Nach weiteren Referaten über die besetzten Gebiete und über die hannoversche Frage — Mitte Mai soll in Hannover eine Abstimmung über das Volksbegehren der Deutsch-Hannoveraner stattfinden — wurde der Parteitag um 3¼ Uhr nachmittags geschlossen. Nach dem allgemeinen Eindruck auf dem Parteitag hat Dr. Stresemann auf der ganzen Linie gesiegt.

Kühle Aufnahme Poincarés.

Programm-Erklärung in Kammer und Senat.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 31. März.

Die Programmerklärung des neuen Kabinetts, die heute vormittag von Poincaré in der Kammer und vom Justizminister im Senat verlesen werden ist, hat in der Kammer eine sehr kühle, im Senat eine eisige Aufnahme gefunden. In der Kammer unterbrach die Linke wiederholt stürmisch die Verlesung der Erklärung. Als Poincaré geendet hatte, klatschten kaum 30 bis 40 Abgeordnete. Im Senat war überhaupt kein Beifall zu vernehmen.

Die Kammersitzung wurde um 10 Uhr eröffnet. Poincaré befestigt nach Beginn der Sitzung die Tribüne, um die Programmerklärung des neuen Kabinetts zu verlesen. Die Erklärung beginnt mit den Worten:

„Meine Herren! Das Kabinett, das sich Ihnen vorstellt, wurde in einem Geist republikanischer Sammlung und nationaler Eintracht gebildet. Wie gewisse seiner Mitglieder während der letzten parlamentarischen Debatten auch abgestimmt haben mögen, das Kabinett hat sich loyal um den Chef der Regierung geschart, um die vom Parlament soeben genehmigten Steuergesetze anzunehmen, die vom Lande verlangten Ersparnisse zu verwirklichen und vor allem das Werk der Wiederbelebung des Wiederaufbaues und des Friedens, dem die beiden Kammern so große Bemühungen gewidmet haben, fortzusetzen."

Es heißt dann weiter: „Keiner der Männer, die jetzt eine Wiederannäherung vollzogen haben, braucht seine Meinung zu verleugnen." Diese Aeußerung wird von einem Teil der Kammer mit schallendem Gelächter aufgenommen. Da die Unruhe anhält, ruft Poincaré der Kammer erregt zu: „Wenn man mich noch einmal unterbricht, werde ich das, was ich zu sagen habe, solange wiederholen, bis man mich anhört."

„Aber in dem Augenblick, wo wichtige äußere Fragen zur Diskussion standen, haben diese Männer es für ihre Pflicht gehalten, alle sekundären Erwägungen der Regelung der Probleme, von deren Lösung das Schicksal Frankreichs abhängt, unterzuordnen. Sie sind entschlossen, ohne Schwanken die **äußere Politik fortzusetzen, welche die frühere Regierung befolgt hat** und die Erklärungen, welche in den Kammern abgegeben und von den Kammern bewilligt worden sind, zu bestätigen."

Nach einem Hinweis auf die Erfolge der „Sanierungspolitik" und die Notwendigkeit ihrer energischen Durchführung heißt es in der Erklärung wörtlich weiter:

„Wir sind, bis wir regelmäßige Zahlungen von Deutschland erlangen, gezwungen, diese Vorsichtsmaßregeln in Einklang mit der heiligen Pflicht zu bringen, den Wiederaufbau unserer verwüsteten Departements möglichst noch zu vollenden. Aber wir müssen vor allen Dingen verhüten, daß der Inflationskreislauf in unsere Finanzen eingeführt wird.

Die Zeit ist vorüber, wo ein Volk sich ruhig bei sich einschließen und sein Budget nach eigenem Gutdünken herstellen konnte, ohne sich um die Kommentare der Nachbarn zu kümmern. Heute gibt es keine Nation, die nicht der Neugier der anderen ausgesetzt ist. Wir haben übrigens nicht nur Schuldner, sondern auch Gläubiger.

Solange keine entsprechenden Regelungen vereinbart sind, macht diese Situation uns eine aufmerksame Zurückhaltung zur Pflicht. Gute und solide Finanzen sind im übrigen für jeden Staat eine unerläßliche Garantie für Unabhängigkeit. Wir müssen — und wir sind dazu entschlossen — die unseren in einem Zustande erhalten, welcher eine Erneuerung der Kampagnen, deren Zeugen wir eben waren, und deren Opfer wir hätten sein können, ausschließt."

Die Erklärung betont weiter, daß die von der Regierung geforderte Finanzpolitik die Voraussetzung für eine allgemeine Politik des nationalen Wiederaufbaues sei. Es folgt dann eine entschiedene Absage an die beiden extremen Parteien, die äußerste Linke und die äußerste Rechte.

„Wir werden", so heißt es wörtlich, „weder die Diktatur des Proletariats noch die Diktatur eines einzigen Mannes annehmen. Die Nation ist souverän. Sie hat zu sagen, was sie sagen will. Wir haben die Pflicht, sie aufzuklären und zu führen. Keine von uns hat das Recht, sich an ihre Stelle zu setzen." (Beifall links und im linken Zentrum.)

Die Erklärung versichert weiter, daß Frankreich seit Beendigung des Krieges niemals die „lächerlichen imperialistischen Ziele" verfolgt, deren es verdächtigt worden ist. Frankreich erstrebe nur, „in einem ruhigen Europa und in einer dem Frieden zurückgegebenen Menschheit jenes Maß von Glück, das die Natur zuläßt, und das die unserem Willen entsprungene Zivilisation nach und nach den Individuen und den Völkern zugestehen muß". (Beifall in der Mitte.) Frankreich von Europa und Europa von der Menschheit irgendwie unterscheiden zu wollen, erschiene uns als eine der wahnsinnigsten Abstraktionen, die man sich vorstellen könnte. Andererseits würde man aber Gefahr laufen, jedes Gleichgewicht und jeden Wirklichkeitssinn zu verlieren, wenn man alle Fragen vom internationalen Standpunkte aus betrachten wollte, wie gewisse Männer und gewisse Parteien es tun. (Lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und auf dem rechten Flügel der Linken.)

Wir wollen zunächst gute Franzosen sein, um gute Europäer sein zu können." (Beifall auf den gleichen Bänken).

Die Erklärung fährt wörtlich fort: „Der Tag, an dem die Verträge vollständig ausgeführt sind, an dem wir unsere Reparationen und unsere Sicherung erlangt haben, der Tag, an dem die Gebote der Gerechtigkeit erfüllt sind, und an dem Frankreich für sich selbst dann nur noch die Erhaltung seiner Unabhängigkeit zu wünschen hat, wird es als Erster das Beispiel der Hochherzigkeit und Güte geben. Wir würde Frankreich, das in Europa in so hohem Maße zur Befreiung der unterdrückten Nationalitäten beigetragen hat, darum denken, den kleinen oder großen Nationalitäten, welche heute Europa bilden, irgendwie zu nahe zu treten? Wie könnte es sonst im Gegenteil danach streben, den Völkerbund zu unterstützen und zu entfalten, dessen erster Plan von Frankreich entworfen wurde und in welchem Frankreich seit vier Jahren unermüdlich die Rolle des Verröchners gespielt hat? Zeigen wir also ohne Verzug der Welt „das wahre Gesicht Frankreichs!" Wenn Frankreich Pfänder gegen einen säumigen Schuldner beschlagnahmt, wenn es seine Verteidigungswaffen behält gegenüber einem Volke, das unter Außerachtlassung seiner Verpflichtungen seine Militärformationen vermehrt, so darf man aus den unerläßlichen Vorbeugungsmaßnahmen keine lügnerischen Schlußfolgerungen gegen Frankreich ableiten. Frankreich ist und bleibt die treue Dienerin der Gerechtigkeit und eine der besten Hüterinnen der europäischen Entente. Es wird durch die untadelige Lauterkeit seiner Haltung die Ungläubigen überzeugen und die Verleumder beschämen.

Es hat den lebhaften Wunsch, sich so rasch wie möglich mit sämtlichen Alliierten und Assoziierten über die beiden Fragen, von denen seine Zukunft abhängt, Reparationen und Sicherheit, ins Einvernehmen zu setzen. Es ist, wie es erklärt hat, außerstande, seine Truppen aus dem Ruhrgebiet anders als nach Maßgabe und im Verhältnis der Zahlungen zurückzuziehen. Es kann diese Pfänder nicht gegen unsichere Versprechungen aufgeben.

Aber es hegt die feste Hoffnung, daß nach dem Bericht, den die von der Reparationskommission ernannten Sachverständigen abfassen, eine allgemeine Regelung und eine rasche Liquidierung möglich werde. Sobald dieser Bericht abgeschlossen ist und vorliegt, wird Frankreich bereit sein, sie zu prüfen und gemeinsam mit seinen Freunden über die Elemente einer endgültigen Lösung eine Einigung zu suchen. Sollte dann der Fall eintreten, daß irgendeine vom Militarismus irregeleitete und von Dämon der Revanche und des Hasses besessene Macht das Staat in Europa zu zerstören, die Ordnung in Verwirrung zu verwandeln und die ehemals seiner Herrschaft unterworfenen und jetzt entzogenen Provinzen ganz oder teilweise wieder an sich zu reißen versuchen, so würde sie die Entrüstung aller über-

gen Völker wachrufen, und diejenigen, die ihr den Weg versperrten, würden die Zustimmung der ganzen Welt haben.

„Frankreich selbst fordert nichts weiter als Achtung der Verträge. Man gebe uns morgen den uns versprochenen unterzeichneten Frieden und wir werden mit freudigem Eifer der neuen Sonne zueilen, deren solange verzögerten Aufgang die Welt fieberhaft erwartet."

Nach Verlesung der Kabinettserklärung haben Kammer und Senat sich bis zum Nachmittag vertagt. Sie werden heute nachmittag die von der Regierung beantragten provisorischen Zwölftel für das Budget der aus dem Friedensvertrage zu bedeckenden Ausgabe annehmen. Dann beginnt in der Kammer die Interpellationsdebatte über die allgemeine Politik des neuen Kabinetts.

Millerands Diktatur.

Millerands Direktoriumsplan.

wbe **London**, 31. März.

Das neue französische Kabinett steht noch immer im Vordergrund der politischen Erörterungen in England. Nachdem hiesige unterrichtete politische Kreise und einzelne Zeitungen bereits ihre Befriedigung über Poincarés neues Kabinett zum Ausdruck gebracht haben, da es allem Anschein nach geeignet sei, eine vernünftige Lösung der Reparationsfrage und der Sicherungsfrage im Rahmen des Völkerbundes herbeizuführen, wirft man jetzt die Frage besonders auf, was dieses Kabinett für die innere Politik zu bedeuten habe.

Die zuverlässigen Informationen, die die Liberalen und die Arbeiterpartei erhalten haben, sollen endgültig klargestellt haben, daß Poincarés neues Kabinett eine gegen Millerand vorgenommene Schwenkung nach links darstelle. Millerand hat, als er Poincaré hinmelholt hat, das neue Kabinett zu bilden, gehofft, daß die parlamentarische Niederlage, die Poincaré erlitten hatte, ihn gründlich gegen das Parlament und die Parlamentarier, die ihn schnöde im Stich gelassen haben, eingenommen haben. Poincaré hat anscheinend während der ersten beiden Tage der Krise diese Auffassung Millerands nicht ganz abschätzlos genährt. Millerand hat daraufhin geglaubt, daß er in Poincaré einen Bundesgenossen gewonnen habe, um Frankreich nach italienischem Muster durch eine nur ganz dürftig verhüllte Diktatur zu regieren. Der französische Präsident, der nach englischer Auffassung seit einiger Zeit an Größenwahn leidet, durch den er sich für fähig hält, in der französischen Politik eine Heldenrolle zu spielen, deren Anforderung in umgekehrtem Verhältnis zu seiner kleinbürgerlichen und beschränkten Intelligenz steht, hat Poincaré vorgeschlagen, ein Kabinett aus politischen Nullen zu bilden. Es sollte aus Persönlichkeiten bestehen, die es nicht wagen würden, Poincaré oder Millerand Widerstand zu leisten, und die somit einen Übergang zu einem kleinen „Direktorium" arbeitsleistender Fachleute als Minister — nach spanischem Muster — bilden würden. Das Direktorium würde unter Vorsitz von Millerand, Poincaré, General Mangin und einem Wirtschaftsdiktator bestanden haben. Millerand hat gleichzeitig durch seine Ausführungen im „Matin" über die von ihm diktierte Außenpolitik zu erkennen geben wollen, daß der Parlamentarismus in Frankreich, der der rücksichtslosen und starken Politik durch den üblichen Interpellationsrummel Knüppel zwischen die Beine werfe, als ein überwundener Standpunkt gelten müsse.

Poincaré hat nach englischen Informationen anscheinend die Auffassung vertreten, daß Millerand, ein Diktator ganz kleinen Formats, für Frankreich eine große Gefahr darstelle. Er hat daher wahrscheinlich die von Millerand und von der Großindustrie eingeleitete Entwicklung nach rechts durch die Bildung eines Kabinetts zu neutralisieren gedacht. Poincarés neues Kabinett ist daher aus den besten Kräften der gegenwärtigen Kammer zusammengestellt worden, um der französischen Oeffentlichkeit den Beweis zu liefern, daß der Parlamentarismus und die in ihm groß gewordenen Persönlichkeiten imstande sind, auf dem Boden der Verfassung die dringendsten politischen Gegenwartsprobleme zu lösen. Poincaré hatte ein derartiges Kabinett zur größten Ueberraschung Millerands bilden, weil unmittelbar nach der Kammerniederlage des Kabinetts zwischen Poincaré und Millerand ein kleines Mißverständnis entstand. Als Millerand Poincaré so dringend bat, ein neues Kabinett zu bilden, hat Poincaré den Präsidenten anscheinend gesagt, er sei bereit so, ohne irgendwelche Kritik oder Abänderung jede beliebige Ministerliste auszufertigen. Millerand, vollständig im Nebel seiner Diktaturpläne befangen, soll die Frage dahin verstanden haben, daß Poincaré völlig freie Hand haben wolle bei Zusammenstellung eines, eine Herausforderung der Kammer darstellenden „Kabinetts der Nullen". Zur größten Ueberraschung des Präsidenten hat Poincaré dann ein „Kabinett der Köpfe" präsentiert. Es blieb nichts anderes übrig, als diese Auslese der tüchtigsten politischen Führer in ihren Ämtern zu bestätigen.

Millerand hat anscheinend Poincaré über diese Interpretation seines Versprechens nicht zu knapp die Meinung gesagt. Heute ist bereits an der Arbeit, das neue Kabinett als eine gegen Millerands Wunsch entstandene Regierung zu bekämpfen, und die mit Millerand durch dick und dünn zusammengehenden Führer der französischen Industrie, die über die so hervorragend gelungene Frankenstützungsaktion mit angelsächsischer Unterstützung wenig erbaut sind, arbeiten bereits in den Wandelgängen der Kammer, um der Unzufriedenheit im Elysée und der Wirtschaftsführer über das neue Kabinett Ausdruck zu verleihen. Alle diese Umstände tragen dazu bei, daß man in der englischen Oeffentlichkeit den Kammerdebatten am Montag mit der allergrößten Spannung entgegensieht.

Von der ersten Zusammensetzung des Vertrauensvotums, das das neue Kabinett erhalten wird, glaubt man abschätzen zu können, inwiefern dieses Kabinett als Vertreter des demokratischen Frankreichs gelten kann. Ein englischer Politiker faßt die Lage in die Kurze zusammen: **Mangin kämpft die französische Republik denselben großen Kampf gegen die Industriekapitalisten, den Stresemanns große Koalition gegen Stinnes und Genossen seinerzeit verloren hat.**

Trotzkis Freunde verbannt.

Wie aus Tiflis gemeldet wird, ist eine Anzahl Georgier, darunter Mitarbeiter und der frühere Leiter der Tschela, Zinjadse, die engere Beziehungen zu Trotzki unterhalten haben, aus Transkaukasien ausgewiesen worden.

Für Verfassung und Frieden.

Die Reichskanzler-Rede in Hannover.

In seiner Rede in Hannover führte Reichskanzler Dr. Marx unter stürmischem Beifall u. a. aus:

Tief brennt der Vorwurf der Schuld am Kriege in den Herzen des deutschen Volkes, und doch wissen wir uns auch nach gewissenhafter Gewissensprüfung frei von jeder Schuld. Lüge ist es, wenn behauptet wird, das deutsche Volk trage allein die Schuld am Kriege. In gerechter Notwehr, das ist unsere innerste Ueberzeugung, haben wir zu den Waffen gegriffen. Der Regierung wird der Vorwurf gemacht, sie trete nicht offen und nicht entschieden genug dem Vorwurf der Schuld am Kriege entgegen. Dieser Vorwurf ist unberechtigt. Unablässig wird das historische Material gesammelt und geschichtet. Eine ganze Reihe von Veröffentlichungen unanfechtbaren Quellenmaterials ist erfolgt; in ruheloser Arbeit werden wir fortfahren, den Wahrheitsbeweis dafür zu erbringen, daß nicht Deutschland und noch weniger das deutsche Volk Urheber und Schuldige des Weltbrands gewesen sind. Wie anders als durch diesen Siegeszug der Wahrheit sollen wir uns frei machen von der Lüge der Kriegsschuld, die eine übelwollende Welt uns zugeschoben hat? Wir wissen, daß der Tag kommen wird, wo einwandfrei und lückenlos aller Welt bewiesen wird, daß Deutschland frei ist von der Schuld am Kriege und falsch die Bezichtigung, durch die das Versailler Diktat am unerträglichsten geworden ist.

Echt christlich ist der Gedanke des Völkerbundes. Deutschland lehnt ihn keineswegs ab. Aber ein wahrer Völkerbund muß alle Völker, die guten Willens sind, als Gleichberechtigte umfassen. Nur ein den anderen Staaten gleichberechtigtes Deutschland kann den Weg in den Völkerbund gehen. Als großes und starkes Reich hat es einen Anspruch darauf, in vollster Gleichberechtigung mit den anderen Großmächten im Rate der Völker zu sitzen.

Der politische Gedanke, der vieles durchaus Gutes in sich enthält und auch vom Zentrum, soweit es berechtigt ist, mit Wärme vertreten wird, hat in dieser durchaus radikal gesinnten Partei eine Ueberspannung gefunden, die ins Weltanschauungsgebiet hinübergreift und dazu führt, eine deutschnationale Kirche zu verlangen, ja zum Teil wieder altgermanischen Wodanskult und heidnische Gebräuche aufleben zu lassen. Man hüte sich vor schlauen Agitatoren, die unter dem Deckmantel gesteigerter, patriotischer Empfindungen durchaus unchristliche, geradezu heidnische Ideen verbreiten.

Der Kanzler fuhr fort: Justitia fundamentum regnorum, so lautet der immer gültige Wahlspruch, der vom Zentrum immer mit besonderem Nachdruck betont worden ist. Zum Schutze des Rechts ist die Tätigkeit einer großen und starken Partei in unserer Zeit besonders erforderlich. Ist doch selbst die Frage, ob unser Staatswesen eine Rechtsgrundlage besitzt, streitig geworden. Nur nicht der endlich ans Ende gelangte sog. Hitler-Prozeß geradezu ungeheuerliche Gedankengänge zu Tage gefördert! Selbst hochgestellte juristische Beamte zeigen eine Verworrenheit der Auffassung, die kaum mehr zu überbieten ist. Gewiß ist die Revolution ein Unrecht gewesen, wie es schon der Vorsitzende der Zentrumsfraktion, der allzu früh verstorbene Abgeordnete Gröber, in der ersten großen Debatte der Nationalversammlung in Weimar bündig und offen erklärt hat. Aber nach dem Verzicht der Monarchen im Reich und in den Ländern, nach dem Umsturz der alten Regierungsform war es das Naturrecht des deutschen Volkes, sich Vertreter zu wählen, die eine neue Verfassung zu beschließen, durchaus berechtigt waren. Die in Weimar zustandegekommene Verfassung vom 14. August 1919 stellt zweifellos eine unanfechtbare Rechtsgrundlage für unser Staatswesen dar; sie ist nicht nur juristisch, sondern auch moralisch verbindlich, und ich trage keinen Augenblick Bedenken, festzustellen, daß jeder in seinem Gewissen verpflichtet ist, diese Verfassung zu achten und der auf Grund derselben eingesetzten Obrigkeit Gehorsam und Achtung zu zeigen. Es soll von uns niemand deshalb geringer geachtet werden, weil er die Monarchie für die bessere Staatsform hält; aber die strenge Forderung stellen wir nicht nur an einen Zentrumsanhänger, sondern an einen jeden ernst gesinnten Staatsbürger, daß er sich auf den Boden der Verfassung stellt und — falls überhaupt — eine Aenderung derselben nur auf dem gesetzlichen Wege erstrebt. Wer es unternimmt, gewaltsam und widerrechtlich die Verfassung zu ändern, begeht Hochverrat; daran kann nun einmal auch vom juristischen Standpunkt aus kein Zweifel bestehen.

Die Zusammenfassung aller Kräfte der gesamten Nation ist daher dringend erforderlich, und da sollten wir uns um Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse im Innern entzweien, da doch weite Kreise des Volkes dem Antrage in starker Ablehnung gegenüberstehen. Den einzig richtigen Weg scheinen wir die Parteien des besetzten Rheingebietes eingeschlagen zu haben, die in seltener Einmütigkeit an dem im Mai 1922 in Königswinter gefaßten Beschlusse festhalten, daß, solange Teile vom Feinde besetzt sind, eine Anwendung des Artikels 18 der Reichsverfassung für sie ausgeschlossen sei. Man möge in den beteiligten Kreisen Hannovers auch ernstlich in Erwägung ziehen, ob nicht die von ihnen eingeleitete Bewegung leicht nach anderen Gebieten übergreifen und dadurch unübersehbares Unheil über Deutschland und seine Länder heraufbeschwören kann. Ich möchte hier rückhaltlos meine persönliche Meinung dahin äußern, daß ich in erster Linie dringend bitten möchte, von der Durchführung des bereits eingeleiteten Verfahrens Abstand zu nehmen, jedenfalls aber wünschen möchte, daß dem Antrage angesichts der großen Gefährdung unserer inneren Lage und dem Auslande gegenüber keine Unterstützung zuteil werden möchte.

Die Regierung ist sich bewußt, daß sie das Volk einen mühseligen Weg führt. Sie erachtet es sogar als ihre heilige Pflicht, dem Volke jede Illusion zu nehmen und ihm das harte Wort bitterster Pflichterfüllung unaufhörlich eindringlich zu hämmern. Wir müssen so nicht nur wieder zu ernstlichen und gesunden Verhältnissen im Innern kommen, wir müssen auch die schwere Last der Reparationen tragen, die der verlorene Krieg uns aufgebürdet hat.

Das Zentrum war stets bereit, bis an die Grenzen der Leistungsfähigkeit bei der Erfüllung des Versailler Vertrages zu gehen, und gerade deswegen sind die schärfsten Angriffe gegen die Partei erhoben worden. Wir verstehen es sehr wohl, daß gegen die Erfüllung eines so ungerechten Vertrages wie des Diktats von Versailles, gegen die zahlreichen Demütigungen, die unser Volk seit 1918 hat auf sich nehmen müssen, ein edles nationales Bewußtsein sich aufbäumen muß. Aber nur zu leicht ist es, angesichts der Ungeheuerlichkeiten dieses Vertrages nationale Leidenschaften aufzupeitschen. So sehen wir, daß gerade in der jetzigen Wahlbewegung Tausende sich von der Agitation deutschnationaler und deutschvölkischer Kreise herauschen lassen, ohne vernünftiger Ueberlegung Raum zu geben. Politik ist nicht eine Sache des Herzens und des Gefühls, sondern kühler Vernunft und ernster Pflichterfüllung. Wer kann ernstlich daran denken, der zurzeit stärksten Kriegsmacht Europas ernsthaft bewaffneten Widerstand entgegenzustellen. Wahnsinn wäre ein solches Unternehmen. Ein Sieg der deutschvölkischen Bewegung bei der nächsten Reichstagswahl würde geradezu den Untergang unseres Reiches bedeuten. Ich bestreite mit aller Entschiedenheit, daß echt nationale Gesinnung heutzutage im Pathos und in der Aufpeitschung der Volksleidenschaften ihren Ausdruck finden darf. Weit nationaler schätze ich jene, die in strenger und ernster Pflichterfüllung alles daran setzen, um möglichst bald das widerrechtlich besetzte Land an der Ruhr zu befreien, um die offene Wunde unserer Wirtschaft, an der sie verblutet, zu schließen, die Zollgrenze im Westen zu beseitigen und das abgeschnittene Herz unserer Wirtschaft wieder frei zu machen. Darum habe ich jüngst die Erfüllungspolitik „Befreiungspolitik" genannt, und der „Temps" treibt ein billiges Wortspiel, wenn er daraus folgert, daß damit die Berechtigung der französischen Pfänderpolitik zugegeben würde. Wir wollen den Versailler Vertrag erfüllen, um unser Land und Volk wieder frei zu machen von den Ketten, die eines Volkes von der Größe, Vergangenheit und Kulturhöhe, wie sie das deutsche besitzt, unwürdig sind — unwürdig aber auch einer Nation, die bis an die Zähne bewaffnet einem waffenlosen Volke gegenübersteht, das in der Beständigkeit seines ehrlichen Strebens immer wieder gehemmt wird durch das gewaltige Mißtrauen der ihre Macht mißbrauchenden Sieger.

Der Reichskanzler wandte sich zum Schlusse in eindringlichen Worten gegen die Entfachung eines neuen Kulturkampfes, gegen eine Aufpeitschung konfessioneller Leidenschaften. Das Zentrum werde den Weg weiter gehen, den Vernunft, Pflicht und Vaterlandsliebe ihm weisen.

Die bayerischen Krisen.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

rh **München**, 29. März.

Der Präsident des Oberlandesgerichts München, Staatsrat Dr. Karl Meyer, beschäftigt sich in der „Deutschen Juristen-Ztg." und in der „Bayerischen Staatsztg." mit den Krisen, in denen sich Bayern augenblicklich befindet, nämlich einer Verfassungs-, Wahl- und Regierungskrise.

Der Hitler-Prozeß gibt ihm den Anlaß auszuführen, daß die Ereignisse des 8. und 9. November und die Gerichtsverhandlung darüber das größte Unglück seien, das Bayern seit dem Versailler Vertrag getroffen habe, wogegen das Reich durch den wirtschaftlichen Erfolg der Rentenmark, die politischen Erfolge in Thüringen und Sachsen und die aktive Regierungstätigkeit, die in seinen Notverordnungen zutage trat, den Ländern gegenüber gestärkt hervorgegangen sei. Mit den Ländern müsse man daher aus den Verfassungskrisen mit dem Reiche auf Grund des Artikels 48 herauskommen. Das Reich könne das seinige dazu tun, indem es das in Artikel 48, Absatz 5 vorgesehene Ausführungsgesetz erläßt. Die Idee des Generalstaatskommissariats, die in Bayern verfassungspolitisch zum Staatspräsidenten hätte führen können, ist an ihrer Unfruchtbarkeit gestorben. Das Verhältnis zum Reich müsse endgültig geordnet werden. Alle Krisen zwischen dem Reich und den Ländern dienten nur dem Auslande. Bayern müsse daraus die Lehre ziehen, daß es sich im Innern neu aufbaut.

Dieser Artikel ist, abgesehen von seiner ruhigen Tendenz, die der Anbahnung besserer Beziehungen zwischen dem Reich und Bayern nur dienlich sein kann, auch deshalb nicht ohne Bedeutung, weil er von einem Manne stammt, der als Kandidat für den Ministerpräsidentenposten gilt.

Die kolonialen Angelegenheiten.

Durch die Verordnung des Reichspräsidenten über die Regelung der kolonialen Angelegenheiten vom 21. März 1924 ist die Wahrnehmung der kolonialen Angelegenheiten unter Abtrennung vom Reichsministerium für Wiederaufbau mit Wirkung vom 1. April 1924 dem Reichsminister des Auswärtigen mit der Maßgabe übertragen, daß die noch zu erledigenden Abwicklungsgeschäfte auf den Reichsminister der Finanzen und die Versorgungsangelegenheiten auf den Reichsarbeitsminister übergehen. Die Verteilung und Ueberleitung der Geschäfte im einzelnen regeln die beteiligten Reichsminister.

Die Kapitulation von 1918 Ludendorffs Werk.

Die „Deutsche Tageszeitung" polemisiert gegen einen Artikel des „Vorwärts", in welchem es hieß, daß Ludendorff am 28. September 1918 die sofortige Kapitulation verlangt habe. Der Artikel des „Vorwärts" brachte eine Reihe von unbestrittenen Tatsachen und urkundlichen Aeußerungen aus jenen kritischen Tagen des Ludendorffschen „Nervenzusammenbruchs".

Nicht diese Tatsachen versucht die „Deutsche Tageszeitung" zu widerlegen, was ihr auch nicht gelingen dürfte, und sie hütet sich auch wohl, das Tatsachenmaterial des Artikels ihren Lesern bekannt zu geben. Dafür greift sie das, als Zusammenfassung des tatsächlichen und zwangläufigen Ergebnisses des Ludendorffschen Ultimatums gebrauchte Wort „Kapitulation" auf, um durch Spitzfindigkeiten ihre Leser zu verwirren. Ludendorff habe „nur sofortiges Ersuchen um Waffenstillstandsverhandlungen verlangt, an eine Kapitulation aber niemals gedacht".

Dazu bemerkt der „Vorwärts" sehr richtig, indem er auf die Wirkung, die eine solche Waffenstillstandsbitte in den Schützengräben haben mußte, hinweist: „Mit dem sofortigen Ersuchen um Waffenstillstandsverhandlungen hat Ludendorff die Kapitulation angekündigt, und er hat gewußt, daß er es tat. So dumm ist selbst Ludendorff nicht, um das nicht zu begreifen. Und obendrein hatte ihm die Reichsregierung zu Gemüte geführt, daß sein Vorgehen zu Verlusten von Elsaß-Lothringen, der Ostmark und den Kolonien führen müsse, — — — und er hat **trotzdem darauf bestanden!**"

Ostpreußen und das Reich.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

st **Königsberg**, 30. März.

Im Mittelpunkt des sechsten Parteitages der Demokratischen Partei, Provinzialverband Ostpreußen, der am 29. und 30. März in Königsberg abgehalten wurde, stand eine machtvolle „ostpreußische Kundgebung für Reich und Republik". Der Spitzenkandidat des Wahlkreises Ostpreußen, Landrat Dr. Friedensburg-Rosenberg, entwickelte den Begriff der nationalen Politik in ihrer demokratischen Zielsetzung. Die zweite Kandidatin der Liste, Frau Dr. Lise von Hülsen-Reide, zeigte die festen Fäden, die Preußens Geist und Demokratie verbinden.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorff würdigte in sachkundiger Durchdringung Ostpreußens Bedeutung für das Reich. Besonders betonte er die Notwendigkeit, **deutsche Bauern auf deutscher Scholle anzusiedeln und deutschen Boden von deutschen Arbeitern pflügen zu lassen, um einen lebendigen Wall** gegen feindliche Fluten ungünstig gesinnter Nachbarn aufzurichten. Das Reich dankt den Ostpreußen, daß sie aufrecht alle Heimsuchungen der letzten Jahre ertragen haben, die Hochflut des russischen Heeres abzuwehren wußten und nach bestandener Gefahr mutig den Wiederaufbau ihrer zerstörten Heimat in Angriff nahmen. Das Reich dankt den Ostpreußen ihr freimütiges Bekenntnis zum Deutschthum im Abstimmungskampf. Diese Tatsachen haben das **Bekenntnis** und die **Erkenntnis** gefestigt, daß Ostpreußen und **das Reich für ewig verbunden sind und bleiben.**

Zu der östlichen Geisteseinstellung gesellte sich die temperamentverwandte des Westens durch den Besuch des westfälischen Abgeordneten Ziegler.

Der Parteitag fand seinen Ausklang in einer einstimmig und begeistert angenommenen Entschließung, **den Kampf für Republik und Demokratie siegeszuversichtlich zu wagen.** Der wachsenden **Reaktion im Osten ist es gelungen, die Reihen der ostpreußischen Demokraten lückenlos zu schließen.**

Geßler in Würzburg.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

*** Würzburg**, 30. März.

Zum ersten Male in einer bayerischen Wahlversammlung sprach heute in Würzburg Reichswehrminister Geßler. Er nahm die Weimarer Verfassung in Schutz und betonte, **auch in Bayern müsse ein Staatsmann den Mut haben, unpopulär zu sein.** Man dürfe nicht **aus Furcht vor** verlorener Popularität dadurch wiedergewinnen suchen, daß man „den Marsch nach Berlin" antrete oder von Zeit zu Zeit den Männern in Berlin einen Maßtrug an den Kopf werfe. In dem Zwiespalt des Reiches und der Länder müsse man doch dem Reiche geben, was des Reiches ist. Die Außenpolitik werde eben doch in Berlin gemacht, und nicht in München oder Dresden. Für weite Kreise in Norddeutschland sei es eine große Enttäuschung gewesen, daß sich Herr v. Kahr nicht als der „große Mann" erwiesen habe, den die Kahrlegende aus ihm gemacht habe. Es scheine, daß man in Bayern ein großer Mann werden könne, wenn man große Reden halte, für die man später nicht einzustehen brauche. Oberst Pork habe auch gegen den Willen seines Königs gehandelt, habe aber den Mut der Verantwortung gehabt und nicht um Amnestie gebeten. Jeder, der dem Staate diene, habe auch die Pflicht, ihm treu zu sein. Der Verwirrung der moralischen Begriffe müsse entschieden entgegengetreten werden. Wir werden, so sagte Reichsminister Geßler, jeden, der versucht, ob von rechts oder links, den Staat umzustürzen, die volle Schärfe der Staatsgewalt fühlen lassen.

ahr **Leipzig**, 31. März.

Ein hier abgehaltener außerordentlicher Vertretertag des Kreisverbandes Leipzig der Demokratischen Partei hat in völliger Einmütigkeit die Aufstellung der Vorschlagsliste für die Reichstagswahlen vollzogen. Der Wahlvorschlag für den Wahlkreis Leipzig enthält folgende Namen: 1. Universitätsprofessor Dr. Walter Göß-Leipzig, 2. Oberpostsekretär Wilhelm Liermann-Leipzig, 3. Kaufmann Wilhelm Külter-Waldheim Sa., 4. Gemeindevorstand und Gutsbesitzer Traugott Hausmann-Breitenhorn, 5. Frl. Dr. phil. Käthe Windscheid-Leipzig, 6. Fabrikbesitzer Hans Belda-Leipzig, 7. Verbandsgeschäftsführer Alexander Vogel-Leipzig, 8. Rechtsanwalt Hugo Weineck-Oschatz, 9. Oberfteuerinspektor Max Küttner-Leipzig, 10. Frau Theodore Körner-Leipzig, 11. Justizinspektor Ernst Weichelt-Leisnig, 12. Prokurist Friedrich Emil Koch-Taura, 13. Dekorationsmaler Otto Strauß-Leipzig, 14. Senatspräsident beim Reichsgericht im Ruhestand Dr. Alfred Hagens-Leipzig.

Bismarck und die Deutschnationalen.

Die Deutschnationalen haben ihren Parteitag gestern durch eine Bismarckfeier in Friedrichsruhe eröffnet. Fürst Otto Bismarck begrüßte die Abordnungen der deutschnationalen Jugend und sprach die Hoffnung aus, daß bald eine „starke nationale Regierung" kommen werde.

Der Hauptredner Siebeking erklärte, die Farben Schwarz-Weiß-Rot könnten nur „mit Blut und Eisen" wieder zu Ehren gebracht werden. Die Politik aller Regierungen der deutschen Republik von Scheidemann über Wirth bis Stresemann habe nur einen klar erkennbaren Glaubenssatz gehabt, und der lautete: „Wir deutschen Republikaner fürchten Frankreich und auch sonst alles auf der Welt."

Wenn der alte Bismarck die deutschnationale Hysterie erlebt und die Reden, die gestern in Friedrichsruhe gehalten wurden, gehört hätte, so wäre er ohne Zweifel dem groben Mißbrauch entgegengetreten, der mit seinem Namen zu parteipolitischen Zwecken getrieben wird. Von seinem Enkel weiß man nur, daß er den Vornamen Otto führt und sich bereit gefunden hat, der Reichsstiftung der Deutschnationalen Volkspartei als Vorstand zu dienen.

Coßmanns Nachfolger.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

ek **Frankfurt a. M.**, 31. März.

Als Nachfolger des zum Mitglied der Regierungskommission ernannten Präsidenten des Saarländischen Landesrates Coßmann ist das bisherige Mitglied des Präsidiums, der Redakteur Scheuer aus St. Ingbert, in Aussicht genommen. Damit wird einer Forderung der politischen Parteien des Saargebietes Rechnung getragen, die bei der Ernennung Coßmanns zum Vorsitzenden des Landesrates dagegen protestiert hatten, daß dieses Amt an einen von der Regierung abhängiger Beamten und nicht an ein Mitglied des Landesrates vergeben werde.

Für die Freiheit der rheinischen Presse.

Ankündigung des Journalisten-Gesetzes.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

hb **Hagen**, 30. März.

Der Verband der Rheinisch-Westfälischen Presse, die Organisation der westdeutschen Journalisten, hatte für Sonntag zu einer Kundgebung „für Freiheit und Sicherheit der deutschen Presse" nach Hagen an den Rand des besetzten Gebietes eingeladen. Nach zwei Richtungen erstreben die Journalisten an Rhein und Ruhr Freiheit und Sicherung der Presse: Sie fordern 1. die Beseitigung oder wenigstens Milderung des unerhörten Drucks der fremden Autoritäten auf die öffentliche Meinung und ihre Organe; sie fordern 2. von der eigenen Regierung Sicherung der Stellung des Journalisten im öffentlichen Leben des deutschen Volkes.

Der Verbandsvorsitzende, Redakteur Kayser-Elberfeld, begrüßte die erschienenen Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden und bedauerte, daß wegen des Streites um die gesetzliche Stellung der Redakteure die rheinische Verlegerschaft nicht vertreten sei. Der Oberpräsident von Westfalen, Gronowski, regte an, daß die Presse die Initiative für die Entgiftung des Wahlkampfes im Rheinland ergreifen möge.

Die untragbaren Micumverträge.

Reichsminister Dr. Jarres hielt die Hauptrede. Ueber die Stellung der Reichsregierung zur Ruhrfrage sagte er: Die Welt ist sich klar, daß eine Aenderung des jetzigen Zustandes im Westen unseres Vaterlandes eintreten muß. Auch die letzten Verhandlungen des englischen Parlaments lassen von neuem erkennen, daß selbst im Lager unserer früheren Feinde, wenn auch langsam, diese Auffassung sich Bahn bricht. Das Reich ist nicht weiter imstande, den feindlichen Panzer zu tragen, der erdrückend auf seiner Westflanke liegt.

Inzwischen stehen wir aber vor einem neuen kritischen Tage, dem 15. April, an dem die in einer Zwangslage abgeschlossenen sogenannten Micum-Verträge in ihren wesentlichsten Teilen ihr Ende nehmen. Diese Verträge, welche namentlich den Kohlenbergbau und die chemische Industrie und unmittelbar auch die Eisenindustrie und die verarbeitende Industrie mit Opfern belasten, die an die Grenze der Selbstvernichtung gehen, können nicht verlängert werden. Eine Aussprache mit den Industrieführern in jüngster Zeit hat dies noch mit voller Klarheit erwiesen, und auch die organisierte Arbeiterschaft aller Richtungen hat vor einigen Tagen in eindrucksvollen Darlegungen den Nachweis erbracht, daß die Dinge, wie sie sich bisher unter den Micum-Verträgen entwickelt haben, unmöglich so bestehen bleiben können. Ich lege Wert darauf, hier in Widerlegung von Pressemeldungen namentlich des Auslandes zu betonen: die Reichsregierung hat irgendwelche Verhandlungen über eine Verlängerung dieser Verträge über den 15. April hinaus nicht geführt, kann sie auch nicht beabsichtigen, denn das Reich ist ganz außer Stande, die Lasten dieser Verträge zu übernehmen. Gleichzeitig sind diese Verträge aber für Arbeitnehmer und Arbeitgeber der westlichen Industrie in Zukunft völlig untragbar. Wenn aus dieser Lage nicht die notwendigen Folgerungen wirtschaftlicher Vernunft gezogen werden, so muß sich daraus ein internsiver Zustand für Rhein und Ruhr ergeben, der aber auch von den Mächten, die an der Ruhrbesetzung teilgenommen haben, im eigenen Interesse unmöglich gewünscht werden kann.

Zum Schluß richtete Dr. Jarres einen neuen Appell an die französische Ritterlichkeit und das Weltgewissen, doch endlich den rund 1500 deutschen Gefangenen, die sich noch in französischer und belgischer Haft befinden, die Freiheit wiederzugeben. Ueber diese „Herzensangelegenheit und Ehrenfrage des ganzen deutschen Volkes" äußerte er sich wie folgt: Unter den 1500 deutschen Gefangenen befinden sich Hunderte deutscher Beamte, denen nichts anderes vorgeworfen werden kann und vorgeworfen worden ist, als daß sie im großen Abwehrkampf ihres Volkes schlicht und recht ihre Pflicht erfüllt haben. Heute noch schmachten 42 deutsche Gefangene in französischen Strafanstalten, die nach einem Reglement behandelt werden, das aus den ersten Jahren des vorigen Jahrhunderts stammt. Wir müssen endlich feststellen, daß heute noch rund 140 000 ausgewiesene Deutsche von ihrer Heimat zwangsweise ferngehalten werden. Mir ist es unbegreiflich, wie die Welt solches Massenelend ruhig ansehen kann.

Nach einer Schilderung der Leiden der Presse unter der Besetzung kündigte der Minister die Einbringung eines „Gesetzentwurfs über das Rechtsverhältnis der Schriftleiter periodischer Druckschriften" an, für den bereits der Referentenentwurf vorliege. Der Gesetzentwurf nehme in Aussicht, für die Entscheidung von Streitigkeiten zwischen Verleger und Schriftleiter paritätische Pressekammern unter dem Vorsitz von Berufsjuristen zu bestellen, und sieht außerdem zur Wahrung der Standesinteressen der Schriftleiter und zur Schlichtung beruflicher Streitigkeiten Schriftstellerkammern vor, die als eine Art Ehrengericht zu betrachten sind.

Nach Minister Jarres, dessen Rede starken Beifall fand, sprach noch der Generalkommissar für Rhein und Ruhr im Ministerium der besetzten Gebiete, Dr. Schmid. Er äußerte sich speziell zu der Frage der Besatzungskosten. „Mit unendlicher Mühe ist es bisher gelungen, den Betrag von 50—60 Millionen Goldmark monatlich aufzubringen, aber lange wird das nicht mehr möglich sein. Es ist vollkommen ausgeschlossen, daß ein finanziell derartig zerrüttetes Land auf die Dauer diese unrobustiven Ausgaben tragen kann, und gerade, weil wir gesehen haben, welche Folgen im besetzten Gebiet eine derartig zerrüttete Währung auslösen kann, haben wir alle Ursache, mit den finanziellen Möglichkeiten des Reiches vorsichtig zu rechnen."

Als Schlußredner setzte sich der Veteran der rheinisch-westfälischen Journalisten, Redakteur Stoffers, für das Journalistengesetz ein.

Tusars Tod und die Dokumente.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

*** Prag**, 30. März.

Bei der feierlichen Bestattung des verstorbenen Gesandten Tusar hielt im Namen der tschechischen sozialdemokratischen Partei der sozialdemokratische Unterrichtsminister Bechyne die Abschiedsrede vor dem Sarge Tusars. Zum Schlusse kam der Redner auf die letzten Tage des Verblichenen zu sprechen:

„Tusar war Pazifist. Der friedlichen Arbeit unter den Völkern hat er die Arbeit seiner besten Jahre gewidmet. Wir waren tief ergriffen von den Worten aus den letzten Tagen seiner Berliner Tätigkeit, welche uns seine Witwe mitgeteilt hat. Als in den Berliner Blättern die bekannten Fälschungen veröffentlicht wurden, begann im Leben Tusars eine Krise, die ihn niederdrückte. Die Witwe Tusars erzählte mir: „Vlasta (Wlastimil) Tusar war ein Meister der Selbstbeherrschung und gab nie zu erkennen, was ihn bedrückte. Er sagte mit seinem Worte etwas über die Dokument-Affäre, aber ich erkannte, daß in ihm etwas Ungewöhnliches vorgehe. Niemals hat er mit mir über politische Angelegenheiten seines Amtes und seiner Regierung gesprochen, und er machte auch diesmal keine Ausnahme.

Als ich sah, daß er litt, fragte ich ihn nach der Ursache und er antwortete mir: Drei Jahre arbeitete ich daran, die Kriegs- und Nachkriegsspannung zwischen zwei benachbarten Völkern wegzuräumen. Ich machte eine Politik ohne Intrigen, ehrlich und vollkommen offen. Das Werk gedieh, und jetzt werden uns falsche Dokumente in den Weg geworfen. Die Folgen davon können verhängnisvoll werden. Aufhetzen kann man Völker in einer Stunde und das Werk langer Jahre vernichten."

Diesen Versuch zur Vernichtung seines Werkes hat Tusar nicht überlebt, und sein Herz zerbrach aus Erregung über die Berliner Ereignisse."

*

Zu Beginn der Trauerfeier für den verstorbenen Gesandten in Berlin Tusar flaggte die deutsche Gesandtschaft halbmast.

Verzögerung des Sachverständigenberichts.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

*** Paris**, 31. März.

Den Morgenblättern zufolge ist kaum als wahrscheinlich anzunehmen, daß der Bericht des ersten Sachverständigen Ausschusses bis zum 2. April fertiggestellt sein wird. Kindersley ist erkrankt. Außerdem haben sich Schwierigkeiten technischer Art bezüglich der Uebersetzung des Berichtes ergeben, durch die seine Fertigstellung verzögert wird.

Beamtengehälter und Mietzinssteuer.

Wie wir erfahren, wurde bei der Festsetzung der neuen Beamtengehälter und insbesondere des Ortszuschlags die Mietzinssteuer berücksichtigt. Wenn diese Steuer auch noch nicht in Kraft getreten ist, so ist jedoch mit ihrer Erhebung im Laufe des Monats April zu rechnen.

Handgemenge in der Skuptschina.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

*** Belgrad**, 30. März.

Die gestrige Sitzung der Skuptschina, die mit großem Interesse erwartet wurde, da zum erstenmal ein Teil der kroatischen Abgeordneten daran teilnahm, verlief sehr stürmisch. Die umgebildete Regierung Pascitsch wurde von der verstärkten Opposition mit ironischem Beifall empfangen, während der Eingang der Raditsch-Abgeordneten seltens der Opposition mit Ovationen erfolgte. Diese Ovationen wollten kein Ende nehmen, so daß der Vorsitzende die Sitzung unterbrechen mußte.

Ueber dieses Eingreifen des Präsidenten entstand dann eine scharfe Debatte, und eine namentliche Abstimmung über die Geschäftsordnung ergab zum ersten Male das neue Stimmenverhältnis. Die Regierungspartei zählte 127 Abgeordnete, die Opposition 112, davon 69 Demokraten, 23 slowenische Klerikale, 18 bosnische Moskime, 11 Bauernbündler, 8 Deutsche und 20 Raditsch-Abgeordnete, deren Mandate schon verifiziert wurden. Sobald also die sämtlichen in Kroatien gewählten protestierischen und autonomistischen 69 Abgeordneten de. Raditschpartei nach Ueberprüfung ihrer Mandate stimmberechtigt sein werden wird die zweite Regierung Pascitsch in die Minderheit kommen.

Während die Zählung der abgegebenen Stimmen vorgenommen wurde, entstand vor der Regierungsbank ein Handgemenge zwischen radikalen und oppositionellen Abgeordneten, so daß die Sitzung neuerlich unterbrochen werden mußte.

Im Plenum setzten sich die Tumultszenen fort, und man nimmt an, daß es zu einer Dauersitzung kommen wird, die bis spät in die Nacht dauern soll.

Die Aufhebung des Staatsgerichtshofs.

Die aufsehenerregende Mitteilung, daß im Kabinett ein Gesetzentwurf zur Aufhebung des Staatsgerichtshofs vorliege, wird offiziös dahin kommentiert, daß die Vorlage im Reichsjustizministerium und im Ministerium des Innern ausgearbeitet wird. Es sei bereits im alten Reichstag mit den Parteiführern verhandelt worden, ob die Aufhebung, die mit „Sparsamkeitsgründen" motiviert wird, mit Hilfe des Ermächtigungsgesetzes erfolgen könne. Man hat sich entschlossen, ihre Erledigung auf ordentlichem Wege zu versuchen, und zwar soll die Vorlage erst dem Reichsrat und dann dem neuen Reichstag zugehen. Da somit noch geraume Zeit vergeht, bis die Frage spruchreif wird, ist um so weniger einzusehen, warum das Reichskabinett sich gerade jetzt damit befaßt.

Arbeiterverhandlungen mit der Micum.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

hb **Köln**, 31. März.

Heute finden in Düsseldorf Verhandlungen der vier Bergarbeiterverbände des Ruhrbezirks mit der Micum statt, die die Erneuerung des Micum-Abkommens betreffen.

Tödlicher Unfall bei einem Motorrad-Wettbewerb.

Drahtmeldung.

Köln, 31. März.

Bei dem gestrigen, vom Kölner Motorradklub 1923 veranstalteten Landstraßenrekordversuch für Motorräder über das „Straßenkilometerfahren Westdeutschland" ereignete sich ein schweres Unglück. Während der Vorsitzende des Klubs, Schmitt-Köln, der das Starteramt ausübte, ein Automobil aufhalten wollte, wurde er von rückwärts von dem Kölner Fahrer Berntgen mit einem schweren Motorrad in rasender Fahrt angefahren. Schmitt wurde in weitem Bogen fortgeschleudert und blieb tot liegen. Berntgen erlitt einen schweren Schädelbruch, während sein Zuschauer leichter verletzt wurden. Schon vor Beginn des Rennens war ein Fahrer schwer verletzt worden. Das Rennen wurde abgebrochen.

*

Ein schwerer Verkehrsunfall ereignete sich heute früh auf der Charlottenburger Chaussee, an der Ecke der Grossen Querallee, nahe der Siegessäule. Eine Autodroschke, die von dem Chauffeur Erich Werner aus der Saarbrückener Straße gesteuert wurde, fuhr mit einer Pferdedroschke zusammen. Der Droschke wurden die Hinterräder abgerissen und das Hintergestell zertrümmert. Das Auto wurde gegen einen Baum geschleudert. Werner wurde schwer, der Töpfermeister Ernst Jahn und der Kaufmann Franz Benick wurden leicht verletzt. Sie wurden nach der Rettungsstelle gebracht.

Aus der Diplomatie. Dem zum italienischen Generalkonsul ernannten Herrn Giuliano Cora ist im Einverständnis mit der bayerischen Regierung das Exequatur erteilt worden.

Wiedereinführung der Wertzuwachssteuer. Der Magistrat hat den Stadtverordneten vorgeschlagen, die Wertzuwachssteuer für Groß-Berlin wieder einzuführen, die im September vergangenen Jahres fallen gelassen wurde, weil sie infolge der Inflation nichts mehr einbrachte. Der Magistrat begründet die Berechtigung der Wiedereinführung der Steuer mit den zahlreichen Grundstücksverkäufen, die jetzt besonders von Ausländern vorgenommen werden, die die Gebäude keinerzeit sehr billig kauften. Die Stadtverordneten werden die Magistratsvorlage einem Ausschuß unterbreiten, der insbesondere prüfen wird, ob die Wertzuwachssteuer nicht zu einer weiteren Beeinträchtigung des ganzen Grundstücksgeschäfts und der Bautätigkeit, namentlich in den Vorortbezirken, führen würde.

Der neue Oberbürgermeister von Altona. Der sozialdemokratische Bürgermeister Brauer von Altona wurde am Sonntag von der Altonaer Bevölkerung eine eigentlichen Wahlkampf an Stelle des verstorbenen Oberbürgermeisters Schnackenburg zum Ersten Bürgermeister gewählt. Brauer, der geborener Altonaer ist und seit 1916 dem Stadtverordnetenkollegium angehört, zählt zurzeit 37 Jahre. Er hat bisher die Kämmerei, das Steuer- und Finanzwesen der Stadt bearbeitet. Zum technischen Senator und damit zum Dezernenten für das Bauwesen der Stadt wurde der frühere Stadtbaurat von Cottwitz Oelsner (Berlin-Steglitz) gewählt. Oelsner bearbeitet seit Jahren im Auftrage des preußischen Staatsministeriums einen Generalbauungsplan für Groß-Hamburg.

Der Flug um die Welt. Die englischen Flieger, die den „Rundum-die-Welt-Flug" unternommen wollen, dürfen gestern in Rom, um Reparaturen vorzunehmen. Sie wollen heute weiterfliegen. Wenn die Verhältnisse es gestatten, direkt nach Athen, ohne Brindisi zu berühren. Bisher war das Wetter beständig schlecht.

Frauentagung des Deutschen Schutzbundes. Am Sonnabend sind die achte Frauentagung des Deutschen Schutzbundes im großen Saal des Oberverwaltungsgerichts, Herrenbergstraße, fällig. Diese Frauentagung, die bisher stets in einem der deutschen Grenzländer einberufen wurde, war dieses Jahr nach Berlin gelegt worden, um allen Getreuen und Delegierten der im Schutzbund zusammengeschlossenen Vereine (es sind über 100) die Gelegenheit zu geben, an möglichst zentraler Stellung sich vom Stande der Schutzbundarbeit zu Wertzeugen. Ein besonderes Gepräge erhielt die Tagung durch die Anwesenheit des österreichischen Gesandten, Riedel, und des Delegierten der österreichischen Frauenvereine, Kammerrat Kandl. Nachdem der zweite Vorsitzende des Schutzbundes, von Lösch, die völlig unpolitische Einstellung des Bundes betont, und über dessen Ziele und Arbeiten berichtet hatte, die hauptsächlich in der Vertretung der deutschen Minderheitsrechte im Ausland und den abgetretenen Gebieten besteht, und mit einem beherzenswerten Appell an die Deutschen geschlossen, das Vorteilsgezänk endlich ad acta zu legen und sich auf die großen Aufgaben Deutschlands zu besinnen, sprach Gesandter Riedel, dem Deutschen Schutzbund Oesterreichs Interesse und Oesterreichs Sympathien aus, die deshalb so groß sind, weil Deutschlands Schicksal und Deutschlands Erleben das gleiche wie Oesterreichs sind. Kammerrat Kandl sprach sodann in temperamentvoller Weise über Deutschlands und Oesterreichs innige Verknüpfung. Er schloß seine Ausführung mit der Versicherung, in Oesterreich herrsche die Ansicht, daß erst der Anfang einer besseren Zeit geschaffen sei, wenn die beiden großen deutschen Ströme in das gleiche Bett geleitet und vereinigt seien. Es kamen dann noch die Vertreterinnen der abgetretenen Gebiete aus West und Ost, Nord und Süd zu Worte. Eine Diskussion schloß die einstimmig gefaßte Tagung. M. C.

Was bringt der Rundfunk?

Die „Funkstunde" bringt am heutigen Montag außer dem, von der „Alten-Stunde" veranstalteten

englischen Unterricht (7—7.30 Uhr)

um

4.30—6 Uhr: Unterhaltungsmusik.
7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Oberingenieur Dr. Gramatzki, Mitglied der astronomischen Gesellschaft: „Unser Begleiter, der Mond".
8.30 Uhr:

Impromptu As-Dur . . . . . Schubert
Die 10jährige Pianistin Lucie Stern
Arie aus dem Oratorium „Die Jahreszeiten" . Haydn
Else Schneureuse, von der Großen Volksoper, Berlin
Adagio . . . . . J. S. Bach
Bourrée . . . . . J. S. Bach
Rudolf Deman, 1. Konzertmeister an der Staatsoper, Berlin (Violine)
und eine Reihe anderer musikalischer Darbietungen und Rezitationen.

Der Werftarbeiterstreik geht weiter. Die Bemühungen des Reichsverkehrsministers Dr. Brauns, die bald mehr als fünf Wochen andauernde Aussperrung auf den deutschen Seeschiffswerften beizulegen, sind nach 17stündigen Verhandlungen am Sonntag gescheitert. Der äußere Anlaß zum Abbruch der Verhandlungen war ein Zwischenfall zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Direktor Gof von der Werft Blom u. Voß. Dieser ist in Hamburg Spitzenkandidat der Deutschnationalen und machte dem Minister die Fortführung der Verhandlung unmöglich. Jetzt wird der Kampf zum Schaden der deutschen Wirtschaft verschärft weitergehen.

Der Mord an dem Fischbacher Lehrer. In der Sommerfrische Fischbach wurde, wie wir in der gestrigen Morgenausgabe mitteilten, der Lehrer Karl Klöcke ermordet aufgefunden. Wie uns ein eigener Bericht aus Hirschberg meldet, steht die Person des Täters jetzt unzweifelhaft fest. Es ist der 33 Jahre alte Förster Karl Klaer, der beste Freund des ermordeten Lehrers. Seit der Tat ist Klaer spurlos verschwunden. Offenbar hat er die Tat mit einem Jägermesser verübt. Die Motive sind ungeklärt.

Verkehrsunfall. In der Oranienstraße stießen heute morgen ein Straßenbahnwagen und ein Kraftauto mit Anhänger zusammen. Die Straßenbahn geriet zwischen das Auto und den Anhängerwagen und wurde aus den Schienen gerissen. Glücklicherweise wurde niemand von den Fahrgästen verletzt.

Festung statt Todesstrafe. Das Landgericht in Hamburg verhandelte, im Wiederaufnahmeverfahren gegen den Werkzeugmacher Wilhelm Willendorf, der im November vorigen Jahres vom außerordentlichen Gericht wegen Beteiligung an dem Hamburger Kommunistenputsch zum Tode verurteilt worden war. Der Angeklagte erhielt wegen Beihilfe zum Hochverrat zwölf Jahre Festung.

Wetterkatastrophen in aller Welt

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

***New York**, 30. März.

Schwere Hagelstürme und Windhosen suchten den mittleren und östlichen Teil der Vereinigten Staaten heim. Besonders durch Ueberschwemmungen wurde Schaden im Betrage von vielen Hunderten von Millionen Dollars angerichtet. Die am schwersten betroffenen Staaten sind Pennsylvanien, Maryland und Georgia. Auch die Staaten Oklahoma, Ohio, North Dakota wurden von den Ausläufern der Wirbelstürme betroffen. Nach den bisherigen Meldungen sind über fünfzig Personen getötet und mehrere hundert verletzt worden. In den Städten Minneapolis und St. Paul fiel Schnee in solcher Menge, daß ganze Häuserblocks vom Verkehr abgeschnitten wurden. Hunderte von Menschen mußten in den Geschäftsräumen übernachten, da sie nicht nach Haus gelangen konnten.

*** Paris**, 31. März.

Infolge des Hochwassers stürzte die Brücke, die die beiden Orte Sevalla mit Algaba über den Guadalquivir verbindet, ein, als sie gerade voll mit Wagen und Fußgängern besetzt war. Bisher wurden über dreißig Tote und mehr als fünfzig verletzte Personen aus den hochgehenden Fluten des Guadalquivir geborgen. Die Zahl der Toten ist noch höher, da die rasende Strömung viele Menschen von der Stätte des Unfalls fortriß und sie erst später wieder aus dem Land spülen dürfte.

*** Warschau**, 31. März.

Im Gebiete der mittleren Weichsel ist das Hochwasser in dauerndem Steigen. In der Umgebung von Jabloma sind mehr als 40 Dörfer völlig unter Wasser gesetzt. Allein in diesem Gebiet wurden bisher 20 Tote festgestellt. Der Schaden wird auf über 8 Millionen Goldmark geschätzt. Flugzeuge unterrichten die Behörden über den Umfang der Ueberschwemmung und versuchen, bedrohte Menschen zu retten.

*** Frankfurt a. M.**, 31. März.

Die starke Schneeschmelze hat in Deutschland fast alle Flüsse stark anschwellen und teilweise über ihre natürlichen Ufer treten lassen. Besonders alarmierende Nachrichten kommen vom Main, der Kinzig und der Elbe im Gebiet des Freistaates Sachsen. Ueberall gelang es den Behörden, die Bevölkerung zu warnen und die nötigen Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, so daß bisher weder Menschenleben verloren gingen noch Sachschäden zu verzeichnen sind.

*** Hirschberg**, 31. März.

Gestern vormittag kam bei einer Uebung der freiwilligen Feuerwehr auf dem starkangeschwollenen Zaden ein Ponton mit 19 Mann in der Nähe des Wehres der Kunnersdorfer Spinnerei in einen Strudel, füllte sich mit Wasser und schlug um. Alle Insassen fielen ins Wasser. Zwei von ihnen ertranken, die übrigen wurden gerettet. Die beiden Ertrunkenen, die beide gute Schwimmer waren, sind an Herzschlag gestorben, da sie infolge der körperlichen Anstrengungen stark erhitzt in das eiskalte Wasser fielen.

*

In Odessa stürzte ein großes vierstöckiges Wohnhaus ein, dessen Bewohner unter den Trümmern begraben wurden. Bisland sind zwei Tote und 20 Schwerverletzte geborgen worden.

Die Weltausstellung in Wembley. Die englische Regierung hatte für Zwecke der britischen Reichsausstellung zu Wembley ursprünglich 100 000 Pfund Sterling bewilligt. Jetzt ist beschlossen worden, eine Erhöhung dieser Summe auf 600 000 Pfund vorzuschlagen. Im Parlament wurde der allgemeine Wunsch ausgedrückt, der Weltausstellung zu einem großen Erfolge zu verhelfen. Die Ausstellung soll Ende April eröffnet werden.

Haus und Wohnung.

Von

Karl Scheffler.

Als die Menschen noch Talent zum Wohnen hatten, gehörten Haus und Möbel untrennbar zusammen. Talent zum Wohnen haben, das heißt: lebendige Bedürfnisse, feste Lebensgewohnheiten und Sitten haben. Mit einem inzwischen totgehetzten und entwürdigten Wort nennt man es Kultur. Früher dachte der Architekt nicht allein die Mauern und Fassaden, sondern auch die Möbel. Man braucht nur zu sehen (im Museum, auch Bildern, in entlegenen Dörfern, in Schlössern usw.), wie in alten Häusern der Ofen, die Bettnische, die Wandbank, der Wandschrank zum Zimmer gehört, wie alles bis bei der Grundrißbildung mitgesprochen hat, wie das ganze Haus, in allen Teilen, ein Organismus ist.

Noch das Biedermeier hat in diesem Sinne lebendig für die Wohnbedürfnisse der Bewohner gebaut; was damals aber schon vernachlässigt wurde, das suchte ein gesunkenes Handwerk durch Möbel zu ersetzen, die nicht wie zufällig im Zimmer herumstehen, sondern die sich dem Raum in den Maßen und in den Formen gut anpassen. Um dieser Eigenschaften willen werden sie ja heute wieder gesammelt. Der Bau von Stockwerkshäusern und Mietwohnungen hat alle älteren Wohnsitten dann zerstört. Die Grundrisse sind nicht mehr können werden, wie Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um den Bauplatz so auszurechnen, daß für den Besitzer der höchste Nutzungswert herauskam. Es entstanden die bekannten Wohnungen, aus nackten, kahlen Zimmern bestehend, woraus mit Hilfe unsachlicher, aber anmaßlicher Industriemöbel alles möglichgemacht werden konnte. Für die moderne Mietwohnung ist es bezeichnend, daß sie das neugebaute Möbel, daß sie eine liebevolle Durcharbeitung des Grundrisses, daß sie das Nebengelaß und damit eine Differenzierung des Lebens in der Wohnung nicht kennt. Selbst in Wohnungen von sechs bis zehn Zimmern sind die Hausfrauen in Verzweiflung; es gibt keinen Platz für die Mädchen, keinen Platz zum Nähen oder Plätten, keine Abteilräume, nicht einmal richtige Kinderzimmer. Und die mehr oder weniger prunkvollen Möbelstücke müssen irgendwie gegen die Wände gestellt werden, so daß sie schemenhaft in den Raum ragen, und daß von einer geschlossenen Wirkung nicht die Rede sein kann. Die Menschen haben sich ja daran gewöhnt. Die, die in großstädtischen Mietwohnungen zur Welt gekommen sind und dort ihr Leben verbracht haben, meinen, es könne wohl nicht anders sein und wissen nichts von besseren Möglichkeiten.

In einem Stück von Hauptmann geht ein Sozialdemokrat umher, der die Hände müßig in den Taschen hat, wenn alle anderen revolutionär sprechen; er erklärt gelassen, er erwarte alles von der „Entwicklung". Er würde jetzt in der Wohnfrage nicht übel mit seiner Theorie bestehen. Die Zeit ist im Begriff zu tun, was dem Wort der Verkämpfer jahrzehntelang nicht gelungen ist. Krieg und Revolution haben uns die Siedlungsfrage gebracht; und mit dieser eng verbunden kommt die ganze Wohnfrage zur Sprache. Die Not will wieder einmal zur Mutter einer Tugend werden. Der umbaute Raum ist knapp geworden, die Deutschen müssen sich enger einrichten und in dieser Enge doch alles Notwendige unterbringen. Sie können auch nicht mehr im Magazin unpraktische, dekorativ prunkende, viel Raum fressende Möbel kaufen, sie haben nicht das Geld und nicht Platz dafür in den kleinen Zimmern der Siedlungswohnungen. Wie von selbst wird an den Architekten nun noch unendlich langer Zeit wieder die Forderung gestellt, daß er im Grundriß die notwendigen Möbel gleich mit denke, daß sein Haus nicht aus nackten Wänden bestehe, sondern Nischen für Betten, Wände und Wandschränke enthalte, daß jedes Quadratmeter ausgerechnet sei, jedes Bedürfnis erraten und ungezwungen befriedigt werde, daß an die Stelle des beweglichen zu großen Teilen das feste Möbel trete — und daß damit wie von selbst ein neuer Charakter in die Wohnung komme, etwas von jenem Charakter, der vor dem Krieg nur in den besten Landhäusern der reichsten Leute zu finden war. Von der Sparsamkeit zu einem neuen Stil des Wohnens! Auch insofern, als die Mode an die Stelle der allzuvielen eigenwilligen Haus- und Möbelformen tritt, als die Möglichkeiten einer neuen lebendigen Verbindung von Bauindustrie und Handwerk sich zeigen, als aus der Gleichmäßigkeit der Zwecke und der Formen etwas wie Gemeinsamkeit hervorgehen kann.

Es ist darum ein Verdienst, daß die „Bauwelt" den aktuellen Gedanken des Wohnproblems zum Gegenstand eines Wettbewerbs gemacht hat. Die vielen eingegangenen Entwürfe sind jetzt, bis zum 2. April, in der Aula der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Berliner Straße 171, ausgestellt. Sie geben selbst dem Laien ein Bild davon, wie stark diese Fragen unsere jungen Architekten interessieren, und daß sich jetzt, wo man schon verzweifeln wollte, ein Weg öffnet. Denn wenn es wieder auch zum Bau neuer Mietswohnungen und Stockwerkshäuser kommt, werden die Architekten und Unternehmer an den Ergebnissen dieser neuen Arbeitsgesinnung nicht vorübergehen können, sofern nur ein einigermaßen gesundes Verhältnis von Bodenpreis und Gebäudepreis herbeigeführt werden kann. Auch der Bund deutscher Architekten beschäftigt sich, wie man hört, lebhaft mit demselben Problem. Und wer in der Ausstellung den Gesprächen junger Architekturstudenten zuhörte, die aus ihren Klassen herabgekommen waren, um die Entwürfe anzusehen, der erfuhr, daß man sich sogar im Polytechnikum dem, was not tut, nicht länger verschließt.

Es ist unmöglich, im Rahmen dieses kurzen Berichts die einzelnen Arbeiten durchzusprechen. Es ist auch nicht nötig. Nur darauf sei hingewiesen, daß die mit dem ersten Preis ausgezeichneten Entwürfe G. Lüdecke eine reife Leistung darstellen, daß die Zeichnungen, die deutlich den Einfluß des vortrefflichen Heinrich Tessenow verraten, Lösungen vorschlagen, die ohne weiteres mit Augen in die Praxis übertragen werden könnten, und daß die dazu gegebenen Erläuterungen beweisen, wie sehr dieser Architekt die Frage von allen Seiten und weit ausblickend durchdacht hat. Schon sein Kennwort: Handarbeit und Industriearbeit deutet an, daß er das Problem von Grund auf begriffen hat. Da ein entschiedenes Talent hinzukommt, auch ein Talent reinlicher und unsachlicher Darstellung, so sind diese Arbeiten des ersten Preisträgers gut geeignet in die weitverzweigte Frage einzuführen. Um so mehr, als ringsumher viele andere Arbeiten, in denen schöne Ideen enthalten sind, das Thema höchst anregend weiter abwandeln. Kurz: Mit diesem Wettbewerb der „Bauwelt" ist recht eigentlich das Problem gegenwärtiger Bauweise ins Licht einer breiteren Oeffentlichkeit gestellt.

Hans Reimann im Vortragssaal verhaftet. Der Breslauer Konzerthaussaal war gestern der Schauplatz eines sehr erregten Angenblicks. Zu Beginn des Unterhaltungsabends, als der sächsische Satiriker Hans Reimann eben das Künstlerpodium besteigen wollte, erschienen Vertreter der Staatsanwaltschaft und erklärten ihn für verhaftet. Wie die Konzertdirektion mitteilt, ist diese Verhaftung auf Veranlassung des Königs von Sachsen, der in Sybillenort bei Breslau sein Domizil aufgeschlagen hat, erfolgt. Mutmaßlich handelt es sich um die Ausführung einer bereits vorhergegangenen einstweiligen Verfügung, durch die Reimann bei Androhung einer Ordnungsstrafe verboten ist, sich mit der Person des Königs zu befassen.

Der neue Direktor der Münchener Kunstakademie. Als Nachfolger des in den Ruhestand tretenden Professors C. v. Marr ist Professor Dr. German Bestelmeyer, der berühmte Architekt, zum Direktor der Münchener Akademie der bildenden Künste ernannt worden. Professor Bestelmeyer, geb. 1874 in Nürnberg, war von 1906 bis 1910 Leiter des Erweiterungsbaues der Münchener Universität, dann Nachfolger Wallots an der Dresdener Kunstakademie, später (1915—1922) ordentl. Professor an der Kunstakademie und an der Technischen Hochschule in Berlin. Im Sommer 1922 folgte er einem Rufe an die Münchener Technische Hochschule auf den durch Fr Thiersche Tod erledigten Lehrstuhl für Architektur. Durch seine Berufung an die Spitze der Münchener Kunstakademie dürfte seine Wirksamkeit an der Technischen Hochschule, bei der ihm u. a. auch die umfangreichen Erweiterungsbauten der Hochschule unterstehen, nicht berührt werden. — Gleichzeitig sind, wie unsere Münchener Redaktion mitteilt, die Professoren der Kunstgewerbeschule München Zülius Diez und Joseph Wackerle als ordentliche Professoren an die Akademie der bildenden Künste berufen worden.

Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Neukölln. Verlag und Druck: Ullstein A.-G. Berlin.

(Hierzu eine Beilage.)

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 155 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Metzendorf-Friedenau. — Montag 31. März 1924 abends

Fast ohne Umsatz.

Abbröckelnde Kurse.

Die erste Börse der neuen Woche brachte eine weitere außerordentliche Einengung des Geschäftes. Umsätze von 6000 M. nominal bildeten schon eine bemerkenswerte Begebenheit. Die Tendenz war dabei durchweg schwächer, nicht etwa auf Grund großer Abgaben, sondern vielmehr infolge fast völligen Fehlens der Käufer. Verstimmend wirkten zunächst, daß das Inkrafttreten der Stempelermäßigung, die ursprünglich erst auf den 1. April vorgesehen war, noch nicht feststeht, vielmehr erst im Laufe des morgigen Tages eine Entscheidung gefällt werden soll. (S. besondere Notiz.) Hinzu kamen schwächere Markmeldungen aus dem Auslande, die zum auf die Verschlechterung der politischen Lage, die man aus den Reden Stresemanns und Marx' erkannt haben will, zurückführt. Auch der weitere Verlauf brachte weder eine Belebung des Geschäftes, noch eine Erholung.

Entsprechend dieser Tendenz waren die Montanwerte mit Ausnahme von Bochum Gußst. — ¼ und Siegen Schlingen — ¼ schwächer; an der Spitze Klöckner — 2¾, Harpener — 2¾, Riebeck Montan — 2. Kaliwerte gleichfalls abgeschwächt, Aschersleben — 1. Von chemischen Werten konnten einzelne Spezialpapiere — um Bruchteile von Prozenten ansteigen, jedoch war auch hier die Grundtendenz schwächer. Das gleiche Bild zeigte sich bei Rentenwerten, unter denen Accumulatoren und Schuckert mit je — 1½ die größten Verluste aufwiesen. Unter Waggonfabriken erfuhren Linke Hofmann mit — 6¾ einen auffallenden Verlust. Es folgten Renn. Waggon mit — 2½.

Kaliaktien lagen heute völlig umsatzlos.

Unter den übrigen Industriepapieren waren vorwiegend Rückgänge festzustellen. Meist rückgängig waren auch Aktien von Maschinenfabriken, auf die letzten wenig günstig lautenden Berichten aus den Industriebezirken. Berl.-Karlsruher verloren 3½, Augsburg-Nürnberg 2. Metallwerte durchweg leicht abgeschwächt, ebenso die Kurse von Textilpapieren. Im übrigen sind als stärker rückgängig zu erwähnen Schultheiß-Patzenhofer und Cherl. Wesser. Auch für Gebrüder Junghanns bestand Abgabeneigung.

Recht still lag nachfolgend das Geschäft in Petroleumwerten, unter denen Deutsche Petroleum mit 18¾ G. Deutsche Erdöl mit 37 G umgingen. Hochbahn-Aktien vermochten ihren Anfangskurs nicht ganz aufrechtzuerhalten und gingen bis auf 43¾ zurück; für Schutzgebietswerte waren ein Kurs von 8¾ G Perzent zeigten Schiffahrtswerte stärkere Abschwächungen. Deutsch-Australier und Hamburg-Süd verloren bei Abgaben von Bankseite 2 bzw. 2½. Auch Bankaktien bei allerdings sehr stillem Geschäft vorwiegend leicht abgeschwächt.

Von Kolonialwerten nannte man Kaoko 200, Sleman 18,5, Südsee 14, Diamond 19, Saltirera 260.

Von russischen Werten wurden genannt: 1902er Russen 3, Russenbank 6.

Im Gegensatz dazu waren heimische Anleihen gut behauptet. Anscheinend lagen in Kriegsanleihe, die von 102½ bis auf 106¼ anzogen, ausländische Kaufaufträge vor. Auch für Sprozent. Reichsanleihe und für Preuß. Konsols bestand Nachfrage. Im übrigen waren ausländische Renten im Einklange mit den vorübergehend schwächeren Markmeldungen eher gefragt. Insbesondere bestand für Türken und Ungarn Interesse.

Am Markt der unnotierten Werte war das Geschäft still, und die Tendenz darin kaum verändert. Es notierten:

Notierungen in Billionen Prozent.

	St. 3		St. 3		St. 3
Adler Kohle	0,75	Dt. Wid. a. B.	0,50	Holam. Glas	1,60
Agrana	—	Dt. Erdöl	37,75	Hotelbesitz	0,65
Alt. Spinn.	7,00	*Dt. Kol.-Ant.	0,60	Ilse	0,60
Allemania	0,90	Dt. Petrol.	19,00	Kali Aschersl.	0,75
A. Hochbau	1,25	Dorm. Cem.	0,90	Kali Salzdetf.	1,00
Alth. Amb. F.	0,75	Dux Portland	0,60	Kaus. Brk.	1,75
Bayerns. Hr.	1,50	Elektr. Gem.	0,725	Kaufhof	0,875
Berl. Kaffee	18,00	Eisenpr. Kohle	1,15	Lorenz Ak.	0,75
Beckerstahl	0,937	Felten & Gui.	16,50	Lloyd-Dyn.	2,50
Benz	5,00	Frist. & Ros.	100,00	Manoli Zig.	1,00
Bln. Hallbst.	0,875	Gaggenau	—	Mannesm. Röhr.	2,00
Berlin Bod.	—	Gebr. Gans	3,25	Meurer	0,875
Brand Erbst.	—	Gerlin. Zirk.	2,00	Meyer Textil	0,65
Brown Bov.	3,50	Grade-Auto	0,625	Muldenthal	1,15
Buckau	—	Grade-Mot.	2,15	Müll. Kaffee	0,65
*C. Bürger	325,00	Gröditz. Eis.	3,00	Nation. Film	1,00
*do. spat.	325,00	Hannov Kali	27,00	Nicolai Tab.	1,00
*do. Aktien	1412,5	Hasse & Co.	1,30	Nienstg. Zim.	1,30
Chem. Heyden	0,65	Hirsch Kupfer	2,00	Oehring-Bg.	—
Chem. Milch	0,60	Hinz Grün.	0,50	Orenstein	5,20
Daimler Mot.	0,60	Hochbrücke	14,00	Ostwerke	0,60
Dt. Chem. W.	0,30	Holzstoff	1,75	Oswald Film	0,50

	St. 3		St. 3
*Pomona	—		
Rhein. Elektr.	0,65		
Rh. Roll. A.	2,25		
Rudolstadt W.	1,75		
Schebera	3,75		
Schles.-Trieb.	—		
Schultheiß	0,60		
Vol. Siebel	0,75		
Stock & K.	0,875		
Stoewer Mot.	0,50		
Strelau Glas	16,50		
Tekaf	0,65		
Terra-Film	1,50		
Thür. Ulmen	2,50		
Tiag	5,00		
Trieser Wik.	24,00		
Tuchm. Bln.	1,50		
Ufa	6,00		
Unmedorf	2,00		
Ver. —	—		
Vogtländ. Ma.	—		
Warnemünde	0,60		
Zeitz. chem.	0,75		

*) Wertbeständiger Diskont 10%, do do Lombard 12%.

Ostdevisen: Warschau 4,81—4,83, Bukarest 2,335—2,365, Reval 1,155—1,185, Kowno 45,29—46,21, Kattowitz 4,73 und 4,85. — Noten: Poln. Mark 4,68—4,87, Lat 83,85—88,15, estn. Mark 1,13 bis 1,17, Lit 42,90—45,10.

*

Am Markt der Dollarschatzanweisungen überwog heute wieder einmal bei etwas lebhafteren Umsätzen die Nachfrage das Angebot. Der Kurs erfuhr eine Steigerung auf 83,60. Gold-Anleihe notierte bei geringem Angebot unverändert, 4,2 Bill., Gold-K.-Schätze 600 Milliarden.

Besteuerung ausländischen Einkommens in den Vereinigten Staaten.

Der Schatzminister in Washington hat, wie uns unser dortiger Korrespondent kabelt, bekanntgegeben, daß der Generalstaatsanwalt die Vorschriften vom Jahre 1920 weiter in Kraft erklärt hat, daß fremde Dampfschiffsgesellschaften das Einkommen, das sie aus dem Transport von Gütern ziehen, die aus den Vereinigten Staaten stammen, versteuern müssen. Das Schatzministerium erwägt weiter die Erhebung von Einkommensteuern von allen ausländischen Gesellschaften, die Halb- oder Fertigerzeugnisse in den Vereinigten Staaten herstellen.

Wertgesicherte Bankkredite.

Von Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird darauf hingewiesen, daß der bereits mitgeteilte Beschluß der Bankenvereinigungen über die Wertsicherung der durch Banken gewährten Papiergeld- oder Rentenmarkvorschüsse die Bedeutung eines für den gesamten deutschen Bankverkehr geltenden Gebrauchs hat und demnach auch die von Bankiers gewährten Darlehen auch ohne besondere Abmachung Anwendung findet, soweit nicht Gegenteiliges vereinbart ist. Der erwähnte Beschluß lautet dahin, daß Jeder in Anspruch genommene Papiergeld- oder Rentenmarkvorschuß unter Zugrundelegung des jeweiligen amtlichen Berliner Mittelkurses für Auszahlung New York entsprechend dem Vorgehen der Reichsbank nur noch wertgesichert behandelt wird. Der Kreditnehmer hat demnach neben den üblichen Zinsen und Provisionen die etwaige Geldentwertung zu zahlen, die vom Tage der Eingabe bis zum Tage der Rückzahlung eintritt, mindestens jedoch die entsprechenden Kreditzinsen.

Eine innere russische Goldanleihe.

Das Präsidium des Zentralexekutivausschusses hat beschlossen, im Jahre 1924 eine innere Staatsanleihe in Gold zu einem Zinssatz von 8 pCt. jährlich bei einem Kurse von 96 pCt. zu emittieren. Die Höhe der Anleihe ist auf 100 Mill. Goldrubel festgesetzt. Die Obligationen sollen einen Wert von 100, 500 und 1000 Rubel haben. Amortisationsfrist 8 Jahre.

Goldeinlösung der schwedischen Noten.

Der schwedische Reichstag hat, wie uns gedrahtet wird, den (von uns früher gemeldeten) Vorschlag des Bankausschusses, der die Goldeinlösungspflicht der schwedischen Noten durch die Reichsbank verlangt, mit Wirkung ab 1. April angenommen. Gleichzeitig ist die Regierung aufgefordert worden, die Goldausfuhr zuzulassen und anzuordnen, daß nur die Reichsbank Gold einführen darf.

Düsseldorfer Mustermesse.

Die Düsseldorfer Musterschau wurde Sonntag vormittag in Anwesenheit von Vertretern der Behörden und der wirtschaftlichen Verbände eröffnet. Sie ist von über 1000 Ausstellern beschickt, darunter auch von französischen. Der Besuch aus ersten Tage war außerordentlich groß.

Hamburg, 31. März. (Eig. Drahtm.). Ueber das Vermögen des Kaufmanns Willy Gathmann, alleinigen Inhabers der Firme Willy Gathmann, ist Konkurs eröffnet worden.

Deutsch-schweizer. Wirtschaftsbeziehungen.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

* **Zürich**, 30. März.

In der Jahresversammlung der „Deutschen Handelskammer in der Schweiz" erstattete der Syndikus Rechtsanwalt. G. Wirth den Jahresbericht, dem wir folgende Angaben über die Entwicklung der deutsch-schweizerischen Handelsbeziehungen im Jahre 1923 entnehmen: Die Ruhrbesetzung erschwerte und verteuerte anfangs die industrielle Versorgung der Schweiz sehr und bewirkte im Zusammenhang mit den Verkehrsstörungen durch Unterbrechung der Eisenbahnlinie Basel—Frankfurt und das fast völlige Aufhören der Rheinschiffahrt, zeitweise eine direkte Panikstimmung in Schweizer Wirtschaftskreisen. Jedoch gelang es der Schweiz, bald andere Länder als Versorgungsgebiete heranzuziehen. Im zweiten Stadium der Ruhrbesetzung wurden vielfach von den Besetzungsbehörden beschränkende Waren über Frankreich zu Schleuderpreisen in der Schweiz angeboten. Dadurch konnten auch die Einfuhrbeschränkungen, die ja in erster Linie auf deutsche Importe Anwendung finden, umgangen werden.

Die Einführung der deutschen Rentenmark hat wesentlich zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen beigetragen, weniger durch die erst in geringem Umfange erfolgte Wiederherstellung der deutschen Konkurrenzfähigkeit, als durch Wiedererweckung des Vertrauens zu Deutschlands Lebensfähigkeit. Die von der Handelskammer seit Jahren befürwortete Verständigung über Einfuhr- und Einfuhrbeschränkungen zwischen der Schweiz und Deutschland ist leider noch immer nicht erfolgt. Es waren Ende 1923 noch von 1382 schweizerischen Zollpositionen 216 ganz und 10 teilweise Einfuhrbeschränkungen unterworfen. Dagegen konnte die Handelskammer zu einer erfolgreichen Tätigkeit in der Befürwortung von Einfuhrgesuchen nach der Schweiz und nach Deutschland entfalten. Auch gelang es ihren Bemühungen, vom Reichsverkehrsministerium wesentliche Erleichterungen in der Tarifbereichung im deutsch-schweizerischen Eisenbahnverkehr gegen Ende des Jahres zu erwirken. Besonderes Interesse wurde dem Flugverkehr gewidmet, der sich auf der Strecke München—Zürich starken Zuspruchs erfreute. — Die Mitgliederzahl der Handelskammer hat sich von 1170 auf 1238 (davon 698 in der Schweiz) erhöht.

Die Reparationskohlenlieferungen des Ruhrbergbaues.

Die Micum hat dem Ruhrbergbau mitgeteilt, daß vom 1. April an die von der Reparationskommission festgesetzte Kohlenmenge zu liefern sei. In der verflossenen Zeit bis 31. März als Anlaufperiode sah der Micumvertrag die Bestimmung eines Prozentsatzes der Nutzförderung als Reparationslieferung vor. Dieser Prozentsatz betrug bis Ende Dezember 22 pCt. und wurde dann auf 27 pCt. erhöht. Die Erhöhung um 5 pCt. wurde dadurch verursacht, daß Italien wieder seinen Anteil an den Lieferungen erhielt. Die von der Reparationskommission für April geforderte Kohlenmenge beträgt 1,8 Millionen Tonnen. Nach Abzug der auf die Brennkohlenzechen entfallenden Mengen, auch auf die im Betrieb der Regie befindlichen Ruhrzechen, entfallenden Mengen ergibt sich für den übrigen Ruhrbergbau ein Liefersoll von etwa 1,65 Millionen Tonnen für April. Diese Menge entspricht ungefähr der Tonnenzahl, die bei der jetzt wieder erreichten Höhe der Förderung im Ruhrbezirk und bei der Festsetzung der Reparationslieferungen auf 27 pCt. der Nutzförderung sich ergeben haben wird. Doch treten für die einzelnen Zechen in den Lieferungsverpflichtungen mehr oder weniger große Verschiebungen ein, da die Micum das Liefersoll der Bergwerke nach ihrer Förderung vom Jahre 1921 berechnet und gegenüber dieser Zeit die Erzeugungsverhältnisse sich auf einzelnen Zechen naturgemäß nicht gleichartig entwickelt haben. Die Verhandlungen der Sechserkommission mit der Micum, die in dieser Woche stattfinden sollten, werden um mehrere Tage verschoben werden. Heute findet in Düsseldorf eine Besprechung der Vertreter der Bergarbeiterverbände mit der Micum statt, deren Gegenstand gleichfalls die Frage der Micumverträge bildet.

Berliner Produktenverkehr.

Das schwache Angebot, das sich am Schluß der vorigen Woche für die Berliner Produktenbörse bemerkbar machte, hielt auch heute seine Fortsetzung; infolgedessen waren sämtliche Artikel preishaltend, und die Tendenz gestaltete sich eher noch etwas fester. Größere Umsätze waren aber nicht zu verzeichnen, da sich im allgemeinen wenig Neigung zeigt, an vorhandene Bestände heranzugehen.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 31. März.

Preise a Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches Getreide und Oelfrüchte je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 kg.

Produkte	heute	Vortag	Produkte	heute	Vortag
Weizen, märk.	173—178	171—178	Vikt.-Erbse	27,00—28,00	26,00—27,00
do. pomm.	—	—	Kl. Speise	16,00—17,00	16,00—17,00
do. schles.	—	—	Futtererbs	13,00—14,00	13,00—14,00
Roggen, märk.	128—143	128—143	Peluschken	12,00—13,00	12,00—13,00
do. pomm.	132—136	131—136	Ackerbohn	16,00—17,00	16,00—17,00
do. mecklb.	—	—	Wicken	16,00—17,00	16,00—17,00
do. westpr.	—	—	Lupin. blaue	12,50—13,00	12,50—13,00
Gerste, Braun-	170—190	168—187	do. gelbe	15,50—16,50	15,50—16,50
do. Futter-	—	—	Serradella	13,00—15,00	13,00—15,00
Hafer märk.	126—133	122—133	Rapskuchen	11,50—11,80	11,60
do. pomm.	—	123—130	Leinkuchen	22,50—23,50	23,00—23,50
Mais loco Berlin	—	—	Trocken-		
waggonfr. Hamb.	—	—	schnitzel	8,90	9,40
Weizenmehl	23,25—27,25	23,00—27,00	Voll w. Zuck.		
Roggenmehl	21,50—23,50	21,00—23,50	Schnitzel	17,00—22,00	17,00—22,00
Weizenkleie	11,00—11,50	10,50	Kartoffel-		
Roggenkleie	9,50—9,60	9,50—9,60	flocken	19,50	19,50
Raps	310	300—310	Torfmelasse		
Leinsaat	410—415	410—415	Mais 26,50	8,30—8,40	8,30—8,40

Tendenz: Oelfrüchte still, Roggen, Hafer, Roggenmehl behauptet, Weizen, Gerste, Weizenmehl, Kleie fest.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in Billion. M) Elektrolytkupfer (wirebars) (festgesetzt von der Vereinigung f. d. deutsche Elektrolytkupferhandel) Originalhüttenblei (Preis des Zinkhüttenverb.) 3 Raffinadekupfer, 99,90 pCt. 1 kg in Billion M

Originalhüttenweichblei	do.	0,67—0,68	0,66—0,67
Hüttenzinkblech, Preis in freien Verk.	do.	0,94—0,96	0,94—0,95
Bemeckel Feinzinkblech	do.	0,98—1,00	0,98—0,95
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt.	do.	—	—
do. do. in Walz- od. Drahtstangen	do.	—	—
Banka-, Straits-, Australzinn	do.	5,10—5,15	5,00—5,10
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	do.	4,95—5,00	4,85—4,95
Reinnickel	do.	2,30—2,40	2,30—2,40
Antimon-Regulus	do.	0,80—0,85	0,80—0,85
Silber in Barren ca. 900 fein	do.	85,00—94,00	82,00—94,00

Notierungen für Metalle: 31 März 28. März

	31 März	28. März
Blei	131,50	131,25
Zinn	—	—
Kupfer	1,21—1,22	1,20—1,21

Unveränderter Devisenbedarf.

Vorübergehende Markabschwächung im Ausland.

Die Anforderungen an den Devisenmarkt weisen im Vergleich mit dem Wochenschluß keine Zu- oder Abnahme auf, per Saldo ist vielleicht eher eine, wenn auch keineswegs erhebliche Abnahme des Bedarfes festzustellen, obgleich die Anforderungen gerade in den Hauptvaluten London und Holland einen etwas größeren Umfang haben.

Bei den Kursfestsetzungen ergaben sich am allgemeinen insofern nur Abweichungen als sie durch Veränderungen am internationalen Markt bedingt waren; infolgedessen notierten auch Spanien, das international sehr fest liegt, und auch Christiania und Kopenhagen, die eine festere Tendenz zeigen, etwas höher. Die Zuteilung ergab im großen und ganzen dasselbe Bild. 1 pCt. entfielen auf London, Holland, Kabel New York, Brüssel, Christiania, Kopenhagen, Stockholm, Italien, Paris, Schweiz, Spanien, Prag und Buenos Aires. Ferner wurden Danzig und Helsingfors mit 3/4 Wien und Japan mit 3/4, Lissabon und Rio mit 5, Belgrad mit 25 und Sofia mit 50 pCt. repartiert in Budapest fielen wegen einer sehr beträchtlichen Einzelorder Aufträge von 75 Millionen an aufwärts aus.

In der internationalen Bewegung der Prager Devise ist wieder mehr Ruhe eingetreten. London gegen Prag wurde mit 144½—¾ gehandelt, kabel New York gegen Prag Veränderungen. London gegen Paris stellte sich hier auf etwa 78¾, in Kabel New York gegen Paris kamen Terminumsätze ebenfalls kaum zustande. Man nannte hier per Ultimo April etwa 18¾, per Ultimo Mai 19—19¼, per Ultimo Juni etwa 19¾—¾.

Eine nicht unwesentliche Abschwächung erfuhr im Laufe des Vormittags zeitweilig die Mark an den ausländischen Plätzen, anscheinend wohl aus rein politischen Momenten. In Amsterdam war der Kurs vorübergehend bis auf 58 gesunken, erholte sich später wieder bis auf 60. Aus Zürich wurde heute früh ein Kurs von 1,28 gemeldet, aus London ein Kurs von 19—19¼. Auch im besetzten Gebiete nichts dem heute vormittag eine stärkere Nachfrage nach englischen Pfunden bemerkbar. Man hörte im Freiverkehr Kurs bis zu 20¾, später allerdings wieder einen Kurs von 19,7 B.

An Notenmarkte wurden notiert unter 1 pCt. holländische Gulden, englische Pfunde mit 2, Schweizer Franken mit 3, Danziger Gulden mit 5 pCt. repartiert, Auf italienische Lire entfielen 15, auf französische Franken 40 pCt. In Tschechokronen wurden auf große Abschnitte 2, kleine 3 pCt. zugeteilt. Im übrigen fielen in Tschechokronen Orders von 150 000 an aus.

Berliner amtliche Devisenkurse.

in Billionen Mark.

Telegr. Auszahlungen	Bank-Diskont	31. 3 Geld	31. 3 Brief	29. 3 Geld	29. 3 Brief
Reichsbank-Diskont*)					
Holland	5	135,38	136,12	136,20	136,96
Belgien	6	15,15	15,25	15,35	15,45
Christiania	6	56,68	57,12	57,38	57,62
Kopenhagen	6	67,32	67,68	68,04	68,37
Schweden	6	111,22	111,78	111,22	111,78
Danzig	6	72,01	72,39	72,61	72,99
Helsingfors	6	16,97	16,83	16,97	17,05
Italien	6	16,25	16,35	16,25	16,35
London	4	18,95	18,95	18,65	18,745
New York	1	Dollar	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris	6	20 Frank.	22,14	22,26	22,24	22,36
Schweiz	6	100 Frank.	81,64	82,06	81,64	82,06
Spanien	6	100 Pesseten	56,28	57,14	56,46	56,75
Tschech. Oest. Aut.	6	10'000 Kron.	12,60	12,66	12,60	12,66
Prag	6	100 Kron.	12,71	12,79	12,71	12,79
Budapest	6	100'000 Kron.	4,26	6,42	6,35	6,42
Buenos Aires	6	1 Peso Gold	1,40	1,41	1,40	1,41
Bulgarien	6	100 Leva	3,29	3,31	3,29	3,31
Japan	6	1 Yen	1,775	1,775	1,775	1,785
Rio de Janeiro	6	1 Milreis	0,485	0,495	0,495	0,505
Jugoslawien	6	100 Dinar	5,58	5,62	5,58	5,62
Portugal	6	10 Escudos	12,84	12,94	12,84	12,94

*) Wertbeständiger Diskont 10%, do do Lombard 12%.

Ostdevisen: Warschau 4,81—4,83, Bukarest 2,335—2,365, Reval 1,155—1,185, Kowno 45,29—46,21, Kattowitz 4,73 und 4,85. — Noten: Poln. Mark 4,68—4,87, Lat 83,85—88,15, estn. Mark 1,13 bis 1,17, Lit 42,90—45,10.

*

Am Markt der Dollarschatzanweisungen überwog heute wieder einmal bei etwas lebhafteren Umsätzen die Nachfrage das Angebot. Der Kurs erfuhr eine Steigerung auf 83,60. Gold-Anleihe notierte bei geringem Angebot unverändert, 4,2 Bill., Gold-K.-Schätze 600 Milliarden.

Besteuerung ausländischen Einkommens in den Vereinigten Staaten.

Der Schatzminister in Washington hat, wie uns unser dortiger Korrespondent kabelt, bekanntgegeben, daß der Generalstaatsanwalt die Vorschriften vom Jahre 1920 weiter in Kraft erklärt hat, daß fremde Dampfschiffsgesellschaften das Einkommen, das sie aus dem Transport von Gütern ziehen, die aus den Vereinigten Staaten stammen, versteuern müssen. Das Schatzministerium erwägt weiter die Erhebung von Einkommensteuern von allen ausländischen Gesellschaften, die Halb- oder Fertigerzeugnisse in den Vereinigten Staaten herstellen.

Wertgesicherte Bankkredite.

Von Centralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes wird darauf hingewiesen, daß der bereits mitgeteilte Beschluß der Bankenvereinigungen über die Wertsicherung der durch Banken gewährten Papiergeld- oder Rentenmarkvorschüsse die Bedeutung eines für den gesamten deutschen Bankverkehr geltenden Gebrauchs hat und demnach auch die von Bankiers gewährten Darlehen auch ohne besondere Abmachung Anwendung findet, soweit nicht Gegenteiliges vereinbart ist. Der erwähnte Beschluß lautet dahin, daß Jeder in Anspruch genommene Papiergeld- oder Rentenmarkvorschuß unter Zugrundelegung des jeweiligen amtlichen Berliner Mittelkurses für Auszahlung New York entsprechend dem Vorgehen der Reichsbank nur noch wertgesichert behandelt wird. Der Kreditnehmer hat demnach neben den üblichen Zinsen und Provisionen die etwaige Geldentwertung zu zahlen, die vom Tage der Eingabe bis zum Tage der Rückzahlung eintritt, mindestens jedoch die entsprechenden Kreditzinsen.

Eine innere russische Goldanleihe.

Das Präsidium des Zentralexekutivausschusses hat beschlossen, im Jahre 1924 eine innere Staatsanleihe in Gold zu einem Zinssatz von 8 pCt. jährlich bei einem Kurse von 96 pCt. zu emittieren. Die Höhe der Anleihe ist auf 100 Mill. Goldrubel festgesetzt. Die Obligationen sollen einen Wert von 100, 500 und 1000 Rubel haben. Amortisationsfrist 8 Jahre.

Goldeinlösung der schwedischen Noten.

Der schwedische Reichstag hat, wie uns gedrahtet wird, den (von uns früher gemeldeten) Vorschlag des Bankausschusses, der die Goldeinlösungspflicht der schwedischen Noten durch die Reichsbank verlangt, mit Wirkung ab 1. April angenommen. Gleichzeitig ist die Regierung aufgefordert worden, die Goldausfuhr zuzulassen und anzuordnen, daß nur die Reichsbank Gold einführen darf.

Düsseldorfer Mustermesse.

Die Düsseldorfer Musterschau wurde Sonntag vormittag in Anwesenheit von Vertretern der Behörden und der wirtschaftlichen Verbände eröffnet. Sie ist von über 1000 Ausstellern beschickt, darunter auch von französischen. Der Besuch am ersten Tage war außerordentlich groß.

Hamburg, 31. März. (Eig. Drahtm.). Ueber das Vermögen des Kaufmanns Willy Gathmann, alleinigen Inhabers der Firme Willy Gathmann, ist Konkurs eröffnet worden.

Weiterer Verlauf der Börse.

Im weiteren Verlauf blieb das Geschäft still, doch waren hier und da kleine Ansätze zu einer Erholung festzustellen. So waren Hohenlohe 38¾ nach 38½, Oberbedarf 25¾ nach 25⅝, Phönix 35 nach 34¾, Scheidemandel 29¾ nach 29½, Dt. Petroleum 18⅞ nach 18⅝.

Der Kassamarkt zeigte bei stillem Geschäft eher etwas schwächere Haltung. Höher waren u. a.: Verkehrswesen 4½, Hotelbetrieb 2, Ankerwerke 2, niedriger waren: Gebhardt & König 3½, Heckmann 4⅞, Körbisdorfer Zucker 4, Chem. Gelsenkirchen 5, Ostpreuß. Dampfwollwäscherei 8, Kammerich 5½, Braunschweiger Kohlen 5.

2-Uhr-Kurse:

Daimler 5,37, Hirsch Kupfer 38,5, Hammersen 16, Ilse Bergbau 25,5, Charl. Wasser 26, A. E. G. 10,87, Gesfürel 17,5, Schuckert 39, Elektr. Licht 10,87, Laurahütte 15,5, Luxemburg 47, Gelsenkirchen 56,5, Caro 30,87, Oberbedarf 26, Phönix 34,75, Harpener 69,37, Hohenlohe 38,5, Rheinstahl 36,75, Riedel 8,7, N. A. G. 3,1, Schultheiß 25,75, Orenstein 18,5, Leonh. Tietz 4,25, Salzdetfurth 25,75, Tel. Berliner 5,75, Elektr. Hochbahn 43,5, Hamburg Packet 31, Nordd. Lloyd 7,12, Hansa 14,5, Hamburg-Süd 41, Kriegsanleihe 112,5 nach 117,5, Bank el. Werte 9,25, Barmer Bankverein 3,1, Darmstädter 11,4, Disconto 14,1, Mitteldeutsche 2,5, Berliner Handels-Ges. 39,75, Dt. Bank 11,6, Dresdner Bank 6,75, Commerzbank 5,76, Sloman 19, Salitrera 270, Diamond 19,25, Dt. Petroleum 19, Dt. Erdöl 54,5.

Hamburger Börse.

Die Börse zeigte heute bei kleinem Geschäft eher eine geringe Neigung zur Abschwächung. Schiffahrtswerte setzten fest ein, bröckelten aber in der ersten Börsenstunde langsam ab. Es verloren Deutsch-Austral 1 pCt., Kosmos ½ pCt., Hapag ¾ pCt., Hamburg-Süd 1 pCt., Nordd. Lloyd ¼ pCt. Von Bahnaktien gaben Hochbahn 2½, Lübeck-Büchener ¾ pCt. nach. Tägliches Geld ⅜–¼. Am Ostersonnabend bleibt die Börse geschlossen.

Nach der Auflösung der Reichsstelle für Wertpapiere. Am 31. März stellt (wie bereits gemeldet) die Reichsstelle für Wertpapiere ihre Tätigkeit ein. Mit dem 1. April geht die Bankabteilung, die Goldwertabgabestelle, Abteilung Oesterreich-Ungarn und Ausfuhrabteilung, auf die Devisenbeschaffungsstelle G. m. b. H., Abt. Wertpapiere bzw. Ausfuhrabteilung, über. Der Präsident des Reichsentschädigungsamtes für Kriegsschäden, Abt. Wertpapiere, übernimmt die Depotabteilung Nr. 298/10 und 260, die Entschädigungsabteilung und die Kursabteilung, während auf den Präsidenten des Reichsausgleichsamtes das Referat für deutsches Vermögen im Ausland und die Gutschriftenabteilung übergeht.

Ruhlandwerk Maschinenfabrik Nathan, Berlin. Innerhalb der Verwaltung besteht, wie wir erfahren, die Absicht, die Aktien in den offiziellen Börsenverkehr einzuführen. Die im Mai stattfindende G.-V. der Gesellschaft wird auch zu diesem Punkt Stellung nehmen. Eine Dividende wird für das abgelaufene Geschäftsjahr nicht zur Verteilung gelangen. Die Geschäfte der Gesellschaft haben sich im laufenden Jahre befriedigend gestaltet.

COFFEINFREIER KAFFEE HAG

Die Patienten finden im Kaffee Hag, dem coffeinfreien Bohnenkaffee, den gleichen Geschmack des Kaffee's, ohne eine Erregung des Herzens zu verspüren.

Geheimrat Exzellenz von Leyden.
Vortrag: Herzneurose und deren Behandlung.

UNÜBERTROFFEN IN AROMA u. GESCHMACK

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 31. März 1924

Fortlaufende amtliche Notierungen

Werte		Einh.-Kurse heute	vor.
8 Doll. Sch.		83,60	83,25
Dt. Schatz 15		—	—
do. 6-9 fällig		52,90	52,00
do. fällig 24		—	—
Dt. Reichs-A	5	108	97,00
do	4½	555	530
do	3½	310	305
do	3	1010	980

In Billionen Prozent

Deutsche Staats-Anl. in Milliarden Mark

Deutsch. Provinz.-Anl.

Preussisch. Pfandbriefe

Wertbeständ. Anleih. in Billionen Mark

Hypothek.-Pfandbriefe in Milliarden Prozent

Ausländisch. Anleihen

Ausl. Eisenb.-Obligat.

Deutsche Eisenb.-Akt. in Billionen Prozent

Kleinbahn-Aktien

Schiffahrts-Aktien

Bank-Aktien

Brauereien

Industrie-Aktien

Kolonial-Werte